

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement 3.00 RM, monatlich 1.00 RM,
wöchentlich 30 Pf. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Interfons-Gebühr
betragt für die festgelegte Rollen-
zeile oder deren Raum 60 Pf. ...

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Wittwoch, den 28. Februar 1917.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Bewaffnung der amerikanischen Handelsschiffe.

Selbstbefreiung.

Bethmann: Nun, in G., wo wir von etwas zu be-
freien sind, da werden wir es selbst besorgen! (Sehr
gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wir sind wortmüde geworden. Vermöchten Worte in dieser
Zeit etwas, so hätten uns die vom 12. Dezember den Frieden
gebracht. Jetzt können wir von Reden nichts mehr erwarten,
sondern starren nur noch in den blutigen Schleier, der uns die
Zukunft verbirgt.

Eine große politische Debatte im Reichstag
war angekündigt, aber die Spannung, die ihr vorausging,
war nicht allzu groß. Jetzt ist der erste Tag vorüber. Beth-
mann, Spahn, Scheidemann und wieder Bethmann, dann
Wiemer und Bestarp haben gesprochen. Aber über dem Ganzen
lag, bei Rednern wie bei Zuhörern, das Gefühl, daß jetzt der
Schauplatz von Niederlämpfen nicht der Brennpunkt der geschicht-
lichen Entscheidungen ist.

Der Reichskanzler hat das Bild eines Mannes,
der in reiblicher Vorsicht seinen Weg weiter tastet, ohne dane-
ben zu treten, ohne anzustoßen. Die ruhige Festigkeit, mit
der er sprach, paßt jedenfalls besser zur allgemeinen Volks-
stimmung als aufgeregtes Wortgetöse. Aber das Bestreben,
in wohlabgewogenen Redewendungen so deutungsstark wie
möglich zu bleiben, verleiht höchste Triumphe. Ruf Herr v. Beth-
mann den Kriegsgeliebten den Darm antun, die Aufstellung uner-
löster Pläne abzulehnen, so entschädigt er sie wieder mit einer
„Entschädigung für alle erlittene Unbill“, die er als seine
Friedensforderung anmeldet. Die „Deutsche Tageszeitung“
kann in ihrer Besprechung der Kanzlerrede nun doch nicht
verschweigen, „daß die Formulierungen, die der Reichskanzler
bei der Besprechung dieser Frage wählte, nicht so klar und
positiv sind, wie es uns wünschenswert, ja nach mancherlei
Risikoprüfungen direkt notwendig erscheint“. Und es wird
Herrn v. Bethmann aufgegeben, die Sache nächstens besser zu
machen. (Er wird sich hüten!)

Ueber das große U ausgebreitete Erörterungen zur
Wahrung des deutschen Standpunktes, flug gewählte Worte, um
die Neutralen zu beschwichtigen, Versuche, auf die amerika-
nische Stimmung günstig einzuwirken. Aber es bleibt doch
bei dem „Rein Zurück“, das in einem Teil des Hauses
demonstrativen Beifall auslöst. Eine vereinzelt Stimme aus
dem rechten Hintergrund versucht es sogar mit einem schick-
ternen Bravo, wie der Kanzler den Abbruch der diplomatischen
Beziehungen mit Amerika erwähnt. Wer der Zwischenrufer
war, ist leider nicht festzustellen; ein wertvolles Schauspiel,
das in ausgestopftem Zustand die Bewunderung kommender
Geschlechter gefunden hätte, geht damit dem künftigen Kriegs-
museum verloren.

Wie alles Uebrige, kommt auch das, was der Kanzler
über die „Reuorientierung“ zu sagen hat, direkt von der
Goldwage. Brüder, der tapfere Sänger und Kämpfer der
Sozialdemokratie, dessen schönste Gedichte die „Vorwärts“-
Leser kennen, findet durch den Reichskanzler seinen Weg ins
Reichstagsprotokoll:

Daß dein ärmster Sohn auch dein getreuester war,
Denk es, o Deutschland.

Dann wird der Wert der monarchischen Staats-
einrichtungen in Schutz genommen, aber auch die Sorge ver-
scheucht, daß es nach dem Weltkrieg kommen könnte, wie nach
den Befreiungskriegen. Und dann fällt ein Wort, das vielleicht
doch nicht ganz so vorichtig gewählt ist, wie die andern.
Gegen die Gegner gerichtet, die Deutschland angeblich vom
preussischen Militarismus befreien wollen, sagt der Kanzler:

Nun, meine Herren, wo wir von etwas zu befreien sind,
da werden wir es selbst besorgen!

Da sagen nun wir deutschen Sozialdemokraten: „Lapp!
Und Hand darauf!“ Das soll nicht vergessen werden, das
soll gelten für und für! —

Der Flut, die das Haus füllte, als der Kanzler sprach,
folgt tiefe Ebbe, da Herr Peter Spahn zum Rednerpult
emporstiegt. „Der Redner bleibt in Saal und auf den
Tribünen unverständlich“ heißt es in solchen Fällen. Aus
dem Protokoll erfährt man, daß der Vertreter des Zentrums
jetzt das Friedensangebot nicht mehr gelten lassen will.
Andererseits — Benedikt XV. und der sonst nicht allzu christ-
liche Graf Tisza — denken anders. In den Wandelhallen
erzählen Sportsüchtige, Herr Spahn hätte an einer Stelle
seiner Rede auch gesagt: „Wenn es einen Gott im Himmel
gibt, was wir unterstellen ...“ Herr Spahn bleibt auch
im Himmel Jurist!

Und wieder Flut im Hause. Jetzt spricht Scheide-
mann. Auch er weiß, daß mit Worten heute nicht viel zu
schaffen ist. Aber aus seiner rednerischen Frische spricht eine
Kraft, die auch die schärfsten Ungunst der Zeit in
Zuversicht überdauert. Herr v. Bethmann muß sich

wieder einmal eine unbeliebte Festlegung gefallen lassen, da
er als Schwurzeuge für die bindende Geltung Budapestischer
Friedenserklärungen angerufen wird. Dagegen kann er nicht.
Er kann Tisza nicht desabouieren, obwohl es Politituffe gibt,
die, täte er es, vor Freude kopfstechen würden. Mit diesen
Geistern rechnet dann Scheidemann ab in einer Weise, wie es
im Reichstag wohl kaum noch erlebt worden ist, und in den
stürmischen Beifall der Linken mischen sich dumpfe Schmerzens-
laute, als ob sich jemand getroffen fühlte — obgleich kein
Anwesender genannt worden ist. Dann aber wird, in anderem
Zusammenhang ein Name genannt, der des preussischen Land-
wirtschaftsministers Herrn v. Schorlemer, dem der
Redner Gelegenheit wünscht, sich ganz seinen Privat-
angelegenheiten widmen zu können. (Wo wir von etwas zu
befreien sind, wollen wir es selbst besorgen.) Auf der
Bundesratstribüne läuft man hin und her, und im Saale
weiß man: Der Kanzler muß jetzt seinen preussischen Minister-
kollegen „bedenken“.

Was dann Scheidemann von der deutschen Zukunft zu
sagen hatte, das war ganz auf den Ton der Selbst-
befreiung gestimmt, den Herr v. Bethmann angeschlagen
hatte. Die Männer im Schlingengraden dürften keine Gelben
sein, sie wären jämmerliche Kerle, wenn sie sich nach ihrer
Rückkehr irgendeine Beschränkung ihrer Staatsbürgerrechte
gefallen ließen. Das war nur ein Stück zur Ausführung eines
amerikanischen Themas. Ein anderes: Der Kriegsdurchbruch,
die wirtschaftliche Ausbeutung! Auch hier eine ungeheure
Aufgabe für die Selbstbefreiung des deutschen Volkes! Hatte
dem Kanzler in dem schönen Gedichte Brüders vielleicht der
„getreueste Sohn“ am besten gefallen, so zitierte Scheidemann
trögigere Verse, indem er seine Zuversicht aussprach, daß von
den deutschen Arbeitern das Wort gelten werde:

Jenen ward der gewaltige Wille
Und die unzurbrechliche Kraft.

Von diesem Willen, dieser Kraft erwartet er und erwarten
wir alle mit ihm Freiheit für das deutsche Volk nach außen
und innen.

Nach Scheidemann legte der Kanzler für den preussischen
Kollegen eine pflichtgemäße Lanze ein, und dann sprach Herr
Wiemer für die Fortschrittliche Volkspartei. Er wühlte
manches zu sagen, das mehr Aufmerksamkeit verbietet, als
es sie fand. Gegen die Rechte, die das Wahlrecht weigert
und Fideikommissgesetz macht, hatte er kräftige Töne. Die
Kohlensteuer würde Herr Wiemer ganz bestimmt ablehnen,
wenn wir nicht zufällig im Kriege wären. Schade, daß
Krieg ist!

Graf Bestarp, der letzte in der Reihe, enttäuschte.
Auf ungünstiges Gelände gedrängt und sich dessen wohl be-
wußt, kämpfte er ganz in der Defensiv. Seine Versuche,
schügend vor das Dreiklassenwahlrecht zu treten, vermieden,
was als Herausforderung wirken könnte. So bewies er, daß
die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen ein
Bruch des Burgfriedens wäre, weil nach der Auffassung der
Linken doch auch die Durchbrechung des Fideikommissgesetzes
einen solchen Friedensbruch darstelle. Er vernicht Logik, übt
selbst heiterste Sophistik und produziert sich als liebens-
würdiger Schlaupfaff. Schließlich verlangt er Siedlungsland,
Grenzicherung, Entschädigungen, und konstatiert, daß Wilson
nun nicht mehr als Friedensvermittler in Betracht komme.
Das freut ihn.

Von allen Akten der Selbstbefreiung ist wohl die Be-
freiung von der radikalen Kriegspraxeologie einer der aller-
wichtigsten. Aber auch einer der allerschwersten!

Wilson fordert Vollmachten.

Wilson hat am Montag im Kongreß Forderungen ge-
stellt, die als ein wichtiges Glied in der langen und schweren
Kette seiner „Vorbereitungen“ zu betrachten sind. Er ver-
langte, nach Mitteilungen Reuters, Vollmacht, Handels-
schiffe, wenn nötig mit Waffen zur Verteidigung und
mit Mitteln auszurüsten, diese Waffen zu gebrauchen,
sowie irgendwelche anderen Werkzeuge und Methoden anzu-
wenden, die zum Schutze amerikanischer Schiffe und amerika-
nischer Bürger berechtigtiger Ausübung fried-
licher Unternehmungen zur See nötig seien.
Wilson verlangte auch, wie die Reutersmeldung schließt, ge-
nügenden Kredite zu diesem Zweck.

Der Präsident begründete seine Forderung mit dem be-
zogenen Hinweis, er denke dabei nicht nur an materielle
Interessen, sondern an die fundamentalen menschlichen
Rechte, und er sprach von den großen Grundätzen des
Miteinandersühlens und des Schutzes der Menschlichkeit,
die erschüttert würden, und sprach von dem menschlichen Leben,
d. h. den Leben von Männern, die friedlich arbeiten, um die
industriellen Prozesse der Welt im Gang zu erhalten, und von

dem Leben der Frauen und Kinder — Dinge, bei denen er
sich nicht denken könne, daß es auch nur einen Mann mit
amerikanischen Grundsätzen geben könne, der sie zu verteidigen
zögern würde. Wie immer unkleidete er also auch in dieser
Rede seinen Standpunkt, der einzig von amerikanischen
Interessen bestimmt und geleitet sein kann, mit Rede-
wendungen, die ihn als den Vertreter humanistischer, für
die ganze Welt erhobener Forderungen erscheinen lassen.
Diesen Eindruck hat nun allerdings — für das mittlere Europa
wenigstens — der Verlauf des Krieges beseitigt. Wilson sieht
die Weltkultur durch amerikanische Brillengläser. Er handelt,
denkt und spricht durchaus als amerikanischer Nationalist.
Wäre's anders, so stände er nicht an dem Platze, der ihm
zweimal gegeben worden ist.

Die Vorkchaft, mit der Wilson seine Forderungen be-
gleitete, war natürlich eine Rundgebung zu der brennendsten
Frage des Tages: Amerika und der uneingeprüfte U-Boot-
Krieg. Nach Meldung des Reuters-Bureaus sagte der Prä-
sident:

„Wir machen kritische Zeiten durch, in denen es meine Pflicht
ist, in enger Fühlung mit den beiden Häusern des Kongresses zu
bleiben. Die am 1. Februar angekündigte deutsche Taktik ist
jetzt fast vier Wochen in Anwendung gekommen. Ihre praktischen
Folgen sind noch nicht ganz zu übersehen. Der Handel der anderen
neutralen Länder leidet ernstlich Schaden, obwohl vielleicht nicht
nichts, als es schon vor drei Jahren, als ich Präsident wurde, die
Führung anfang, der Fall gewesen ist. Wir haben die übrigen
neutralen Regierungen angefordert, mitzuwirken, um
dieser Forderung ein Ende zu bereiten. Aber ich fürchte, keine
von ihnen hat eine gemeinsame Aktion mit den
Vereinigten Staaten für ratsam erachtet. Unser
eigener Handel leidet ebenfalls mehr durch das Ab-
warten als durch die eigentlichen Ereignisse, mehr
durch die Tatsache, daß so viele unserer Schiffe ängstlich in den
amerikanischen Häfen liegen bleiben, als dadurch, daß so viele
Schiffe in den Grund gebahrt würden.“

Ueber die Störung im Schiffsverkehr in den amerikanischen
Häfen, die die Folge der Tatsache ist, daß die Redner nicht geneigt
sind, ihre Schiffe ohne Versicherung und ohne genügenden Schutz
aus Spiel zu setzen, und über die sehr ernste Störung des
amerikanischen Handels, die die Folge davon ist, sagt
Wilson: „Dies würde allein schon die Folgen haben
können, die mit den neuen deutschen U-Boot-Ver-
ordnungen, was uns anlangt, beabsichtigt werden.
Wir können deshalb nur sagen, daß

die offene Tat noch nicht eingetreten

ist, von der ich hoffe, daß sie die deutschen U-Boot-Kommandanten
vermeiden würden. Aber obwohl sich das glücklicherweise so verhält,
liegen Andeutungen und Aussprüche von einem Teile der deutschen
Presse und der deutschen Behörden vor, die den Eindruck eher
verstärken als abschwächen, daß, wenn unsere Schiffe,
unsere Bürger verschont bleiben, dies eher einem
glücklichen Zufall zuzuschreiben ist als der Tat-
sache, daß die Kommandanten der deutschen U-Boote, denen sie
begegnen, unerwarteten Takt und Selbstherrschung
an den Tag legen, als den Anweisungen, die diesen Kommandanten
gegeben worden sind.“

Es wäre nicht zu leugnen, daß die Lage allerlei ernst-
liche Möglichkeiten und Gefahren in sich birgt, und es
wäre sehr unvorsichtig, darauf nicht vorbereitet zu sein. Ich halte
mich deshalb für verpflichtet, Sie aufzufordern, mir sofort alle
die Machtbefugnisse zuzusichern, die ich jeden
Augenblick benötigen kann. Wir müssen unseren Handel
und das Leben unserer Bürger unter den gegenwärtigen schwierigen
Umständen mit Ueberlegung und Entschlossenheit schützen. Ich hoffe
von ganzem Herzen, daß es nicht notwendig sein wird, die bewaffnete
Macht in Tätigkeit treten zu lassen. Das amerikanische Volk wünscht
das nicht. Kein von mir gewählter Weg wird zum Kriege führen.
Der Krieg kann nur herbeigeführt werden durch

unwillige offensive Handlungen.

Ich ersuche Sie, mich zu ermächtigen, unsere Handelsschiffe, wenn
sich das als notwendig herausstellen sollte, mit Waffen zur Selbst-
verteidigung, mit Mitteln, um sich ihrer zu bedienen, und mit allen
anderen Mitteln auszurüsten, um die Methoden anzuwenden, die
notwendig oder geeignet sein könnten, um unsere Schiffe und
Bürger bei ihrer geschäftlichen und friedlichen Arbeit auf der See
zu schützen.“

Die Rede Wilsons sucht also das aggressiv wirkende
Wort zu vermeiden. Sie faßt das Thema, was das anbe-
langt, vorichtig wie einen Sprengstoff an. Im übrigen aber
— und darauf kommt es an — bedeutet sie das Gegenteil
einer Handlung, von der sich erwarten ließe, daß sie die un-
mittelbar nahe Gefahr einer neuen Katastrophe geringer
machen könnte. Denn das bleibt der Inhalt des Werks, das
Wilson jetzt mit der Bewaffnung der Handelsschiffe voll-
bringen wird. Dieser Bewaffnung werden Zusammenstöße

mit Deutschen U-Booten folgen, und dann handelt es sich hauptsächlich um einen Zweifel, ob eine „mutwillige offene Handlung“ vorliegt, die den Krieg bedingen soll.

Die Newyorker Börse begrüßte die der Entscheidung fräftig zudrängenden Vorgänge im Kongreß mit einer Kauffe, genau so wie sie in Vorahnung großer Kriegsrückstellungen der amerikanischen Regierung die Nachricht vom Abbruch der Beziehungen mit Deutschland mit Preissteigerndem Jubel empfing. Die Kurse zogen am Montag weiter an, da sich besonders für einzelne Papiere, wie z. B. Steels, Schiffahrts- und Kupferaktien gute Meinungsänderungen zu erkennen gab, wobei Kursbesserungen um einen bis fünf Dollar erzielt wurden. Spezialwerte gingen nach Bekanntwerden der Botschaft des Präsidenten im Kurse zurück, sonst blieb die Haltung bis zum Schluß recht fest.

Ein Aufruf der Kriegstreiber.

Washington, 26. Februar. (Reuter.) Last, Choate, Parker und Duhende anderer Persönlichkeiten haben einen Aufruf an das Land veröffentlicht, in dem es heißt: Die Mehrzahl der Bürger, die ein tatkräftiges Vorgehen befürworten, haben bisher geschwiegen, aus Furcht, dem Präsidenten Unbequemlichkeiten zu verursachen. Daher hat die Stimme der kleinen Zahl von Friedensfreunden einen solchen Eindruck erweckt. Das Gebot der Stunde ist, lieber wirksame Maßregeln zu ergreifen, um die Schiffahrt und die Bürger zu schützen, anstatt die Ermordung weiterer amerikanischer Bürger abzuwarten, bevor man den Krieg erklärt. Der Aufruf fordert die Amerikaner dringend auf, sich der Bewegung für sofortiges Handeln anzuschließen.

Bern, 27. Februar. Der Washingtoner Korrespondent des „Veit Harrier“ teilt, daß die Debatte im Senat einen bisher unbekanntem Grad von Erhitzung erreichte. Die Demokraten hätten am Sonnabend die Aufrichtigkeit der Beweggründe angegriffen, die die Obstruktion der Republikaner veranlaßt habe. Man erhebe hieraus, bis zu welchem Grade von Ueberreizung die Gefühle und Leidenschaften augenblicklich in beiden Kammern gestiegen seien. Als Senator Lodge erklärt habe, wenn der Präsident handele, habe er den Kongreß hinter sich, handele er nicht, so verliere er das Vertrauen, habe damit Lodge die Haltung der republikanischen Partei klar gezeichnet, zugleich aber einen Sturm entfesselt. Der Tumult sei bis zum Barokismus gestiegen, als nach den scharfen Angriffen Lodges gegen die Untätigkeit Wilsons seit seiner Botschaft vom 3. Februar, der republikanische Senator Fall den Wortlaut des Beschlusses vorschlug, der dem Präsidenten die Ermächtigung erteile, die Streitkräfte der Union zum Schutze amerikanischen Lebens und Handels zu verwenden.

Washington, 27. Februar. (Reutermeldung.) Im Repräsentantenhaus wurde eine Bill eingebracht, durch die der Präsident ermächtigt wird, die Handelschiffe zu bewaffnen und andere Maßregeln zu treffen, um sie auf hoher See zu schützen. Außerdem sieht die Bill eine besondere Ausgabe von Obligationen im Betrage von 100 Millionen Dollar vor.

Deutsches Luftschiff über holländischem Gebiet.

Haag, 27. Februar. Amtlich wird berichtet, daß der niederländische Gesandte in Berlin im Auftrage der Regierung wegen der Tatsache, daß ein deutsches Luftschiff am 17. Februar über holländisches Gebiet geflogen ist, bei der deutschen Regierung ernsthafte Vorstellungen erhoben habe. Da das jüngst vereinbarte Kosignal nicht gezeigt wurde, ist an verschiedenen Orten auf das Luftschiff geschossen worden.

Fliegerbomben auf einen Transportdampfer.

Berlin, 27. Februar. Ein deutsches Seeflugzeug hat im Nord-Ägäischen Meere einen feindlichen Transportdampfer erfolgreich mit Bomben beworfen; trotz starker Geschützfeuer und Verfolgung durch zwei feindliche Flugzeuge kehrte er wohlbehalten zurück.

Oesterreich-Ungarn und wirtschaftliche Annäherung.

Da Oesterreich und Ungarn zwei vollständig selbständige Staaten sind, die nur durch die Person des Monarchen und einige gemeinsame Angelegenheiten, auswärtige Politik, Finanzen, Heer und Flotte verbunden sind, so müssen von Zeit zu Zeit Abmachungen zur Herstellung der wirtschaftlichen Einheit erfolgen, die die Grundlage für Verhandlungen mit dem Auslande ist. Rein staatsrechtlich wäre es möglich und zulässig, daß beide Staaten eine vollkommen selbständige Handelspolitik treiben, nicht nur gegenüber dem Auslande verschiedene Zölle festsetzen, sondern auch im gegenseitigen Verkehr Zölle erheben. — ein Ziel, das von einer nicht einflußlosen ungarischen Partei wirklich angestrebt wird, für die die weitestgehende Verselbständigung Ungarns höchstes Ziel ist und die zur Entwicklung der ungarischen Industrie eines besonderen Zollschutzes gegen die besser eingearbeitete und kapitalreichere österreichische Industrie verlangt.

Während bisher die handelspolitischen Abmachungen der sogenannte „Ausgleich“, der auch den autonomen Zolltarif enthält, auf zehn Jahre geschlossen wurden, läuft der jetzige Vertrag zu zehn Jahren. Diese Vertragsdauer ist auch das mindeste, um wenn auch noch so bescheidene Fortschritte in der wirtschaftlichen Annäherung Oesterreich-Ungarns an Deutschland mit dem Endziel der wirtschaftlichen Einheit Mitteleuropas zu machen.

Die wesentlichen Bestimmungen des Ausgleichs sind: Weizel- und Viehzölle sind gebunden worden, will sagen, die Unterhändler dürfen diese Zölle als Entgelt für Konzessionen der Vertragspartner auf anderen Gebieten in den Verhandlungen über Handelsverträge nicht ermäßigen. Die Menge des bisher zur Einfuhr zugelassenen Viehes soll weiter verringert werden.

Oesterreich wird in Zukunft 65,6 Proz., also um zwei Proz. mehr als bisher zu den gemeinsamen Ausgaben beitragen, Ungarn entsprechend weniger.

Der neue Ausgleich belastet Oesterreich zugunsten Ungarns in ganz einseitiger Weise. Ungarn, das in allen Angelegenheiten gleichberechtigt neben Oesterreich auftreten will, das sich sogar rühmt, den Schwerpunkt der auswärtigen Politik Budapest gezogen zu haben, trägt zu den gemeinsamen Ausgaben 2 Proz. weniger bei als Oesterreich, hat aber zum Schaden der österreichischen Arbeiter- und Mittelklassen, die durch hohe Preise und niedrige Löhne schon zu einer ziemlich schlechten Lebenshaltung verurteilt sind, eine ausgesprochene hochschützöllnerische Färbung des neuen Zolltarifs durchgesetzt. Die bisher veröffentlichten Depeschen lassen nicht erraten, ob sich diese hohen Zölle auch gegen alle Balkanstaaten kehren. Sollte das, wie es den Anschein hat, der Fall sein, so werden jene gutgläubigen Optimisten in Deutschland dieses Krieges, frommer Hoffnung voll, eine handelspolitische Neuorientierung Oesterreich-Ungarns gegenüber dem Balkan, gegenüber den Anrainern der Straße Berlin-Konstantinopel-Bagdad erwartet haben. Wenn sich manche österreichischen Blätter über die Verschlechterungen des neuen Zolltarifs für Oesterreich damit trösten, daß sie auf die verlängerte Vertragsdauer von zwanzig Jahren verweisen, so täuschen sie sich selbst: Die Verlängerung der Vertragsdauer ist nicht der österreichischen Industrie wegen erfolgt, deren langgehegter Wunsch nach einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen den beiden Reichshälften damit in Erfüllung gegangen ist, sondern weil die zwanzigjährige Vertragsdauer die selbstverständliche Grundlage jeder Annäherung an Deutschland war, die die Ungarn aus finanziellen Gründen sehr gut gebrauchen können.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus hat die Opposition im neuen Ausgleich, so vorteilhaft er auch für Ungarn sein mag, arg viele Haare gefunden. Einmal, weil es grundsätzlich nötig schien, dem bitterlich gehohlenen Tisza ein an Heuge zu fassen, dann, weil die Apponyi und Karolyi um keines Vorteils willen durch langfristige Bindungen die ungarische Ellenbogenfreiheit preisgeben möchten, und schließlich, weil — und das ist der ernsteste Einwand — die Parlamente, wenn nicht der Form, so der Sache nach, die Freiheit der Entscheidung verlieren, wenn der „vorläufige“ Vertrag der beiden Regierungen zur Grundlage von Abmachungen mit einer dritten, in diesem Fall der deutschen, Regierung genommen wird.

Graf Tisza entgegnete seinen Kritikern: Die Verhandlungen der beiden Regierungen sind in das Stadium gelangt, in dem die Regierungen über die wichtigsten Fragen ein Übereinkommen getroffen haben, auf Grund dessen sie in der Lage sind, Verhandlungen mit der deutschen Regierung aufnehmen zu können. Weitergehende Aufklärungen über den Inhalt des Übereinkommens können mit Rücksicht auf die Interessen des Staates weder von mir noch von einer der Regierungen gegeben werden. Diese Aufklärungen wären unbedingt mit der Aufdeckung solcher Einzelheiten verbunden, durch die wir vor dem Auslande sozusagen unsere Trampfschritte ausspielen würden. Wir müssen bei den Verhandlungen mit dem Auslande möglichst diskret solche Vereinbarungen handhaben, da es fraglich ist, welche Konzessionen vom Auslande gegen ähnliche Gegenleistungen zu erwarten sind. Dies war der Beweggrund, diese Frage nach Möglichkeit so zu behandeln, daß wir erst in einem späteren Stadium, wenn schon die Hauptzüge der ganzen Frage entwickelt sind, vor die Öffentlichkeit die Besetzung treten sollen. Dies stimmt vollkommen überein mit dem anderen Gesichtspunkte, daß, wenn möglich, nicht das gegenwärtige, sondern das nach dem Kriege zu wählende neue Parlament in dieser Frage entscheiden möge. Auch ich selbst wünsche es, daß die definitive Regelung der ganzen Frage auf einen späteren Zeitpunkt hinausgeschoben werde, es wäre denn, daß unvorhergesehene Umstände ein weiteres Vorgehen erfordern sollten. Aus diesen Gründen kann ich in dieser Frage zu meinen großen Bedauern weder heute noch in der nächsten Zukunft weitere Aufklärungen erteilen.

Die Antwort des Ministerpräsidenten wurde zur Kenntnis genommen.

Die Vorgänge an der Ancre.

Englischer Seereport vom 26. Februar. Der englische Vorkommandant auf beiden Ufern der Ancre hält auf einer Front von 11 Meilen Breite in Tiefe von 2 Meilen an. Wir besetzen eine starke Bucht de Barencourt genannte Stellung, die Dörfer Barencourt, Caucourt, Bys und Braumont und erreichen den Rand von Puisseux und Fries. Wir machten auch erfolgreiche Vorstöße und Artillerieangriffe.

Der Krieg auf den Meeren. Zwei U-Boote vernichteten 37 500 Tonnen.

Das U-Boot in der Biscaya-Bucht. Berlin, 27. Februar. Am 13. Februar hat das französische Marineministerium bekanntgegeben, daß ein feindliches Unterseeboot am 12. Februar, 5 Uhr nachmittags, nahe der Abour-Mündung aufgetaucht sei und sechs Kanonenschiffe auf die Küste abgegeben habe. Die Küstengeschütze hätten sofort das Feuer auf das feindliche Fahrzeug eröffnet, das, von den französischen Artilleristen mit dem ersten Schuß getroffen, schnell tauchte.

Das betreffende Unterseeboot ist wohlbehalten zurückgekehrt. Es hat am 12. Februar die großen Anlagen der Forges de l'Abour bei Bayonne ausgiebig beschossen. Der Erfolg wurde durch mehrere große Brände bestätigt. Erst nach geraumer Zeit wurde das Boot von einer Küstenbatterie ergebnislos unter Feuer genommen.

Das betreffende Unterseeboot und noch ein anderes haben versenkt 11 Dampfer, 3 Segler und 3 Fischerfahrzeuge von insgesamt 37 500 Brutto-Registertonnen.

Die Versenkung der Laconia.

Zwei Amerikaner ertrunken? London, 27. Februar. „Daily Chronicle“ berichtet aus Queenstown: Die Laconia wurde bei verhältnismäßig ruhigem Wetter torpediert und halbe Nacht nach der Seite über. Die Boote konnten nur mit Schwierigkeiten herabgelassen werden. Es herrschte keine Panik. Nach den Schätzungen der Passagiere sind zehn bis zwanzig Personen ertrunken, darunter zwei

Amerikaner. Im ganzen befanden sich etwa dreihundert Menschen an Bord der Laconia, darunter sechs Amerikaner. Die Torpedierung geschah am Sonntagabend um 9 1/2 Uhr.

Im Widerspruch dazu steht die Meldung der Direktion der Cunard-Linie, daß alle Personen, die sich an Bord der Laconia befanden, gerettet wurden. Es läßt sich vorläufig nicht feststellen, welche Meldung die spätere ist.

Amsterdam, 27. Februar. „Algemeen Handelsblad“ meldet aus London, daß aus Berichten über die Torpedierung der Laconia hervorgeht, daß das Schiff zweimal getroffen wurde, das zweite Torpedo traf 20 Minuten nach dem ersten, nachdem die Boote herabgelassen worden waren. Die acht Boote trieben von Sonntag 10 Uhr abends bis Montag früh umher; in einem Boot, das led war, starben einige Passagiere an Erschöpfung. — Man glaubt, daß 13 vermist werden, darunter zwei Amerikanerinnen. Unter den Geretteten befindet sich der Kriegsreporter der Chicagoer „Tribune“, Gibbon.

London, 27. Februar. Lloyd's meldet: Es wird bestätigt, daß bei der Torpedierung der Laconia zwei Amerikanerinnen ertrunken sind.

London, 27. Februar. Die Cunardlinie teilt offiziell mit, daß drei Fahrgäste der Laconia bereits gestorben sind. Drei Passagiere und sechs Matrosen werden noch vermist, während sechs andere Fahrgäste in einem Krankenhaus untergebracht wurden.

Versenkt.

London, 26. Februar. (Meldung des Reuterischen Bureaus.) Der englische Dampfer Algiers (2361 T.), der Malteser Segler Rostro Signora del Porto Salvo (186 T.) und die zwei Kutter Agnes und George Senion sind versenkt worden.

London, 26. Februar. Lloyd's meldet: Der englische Fischdampfer Frolic (183 Br.-Reg.-T.) ist versenkt worden.

Die Versenkung der holländischen Schiffe.

Aus Rotterdam werden dem „L.A.“ Einzelheiten über die Versenkung der holländischen Schiffe mitgeteilt. Nach einer halbamtlichen Mitteilung soll auf Grund näherer Informationen feststehen, daß auch der Dampfer Menado gleichzeitig mit den anderen holländischen Schiffen von einem U-Boot angegriffen wurde.

Ein Offizier eines der torpedierten holländischen Schiffe berichtet:

Als das U-Boot uns um 6 Uhr abends anrief, erhielten wir fünf Minuten Zeit zum Verlassen des Schiffes. Wir begaben uns in die Boote und ruderten fort. Es war bei der herrschenden Dunkelheit unmöglich, zu sehen, was aus unserem Schiff wurde, doch bemerkte ich, daß die Deutschen Bomben dahin überdrachten. Wir sahen, daß das U-Boot verhältnismäßig groß war und zwei Kanonen führte. Der Kommandant trug goldene Tressen. Wir ruderten 12 Stunden umher. Um 6 Uhr morgens wurden wir dann von einem englischen Schiff aufgenommen.

Der zweite Offizier des Dampfers Gemland erklärte: Das U-Boot begann auf die Noordhollands und Jacatra zu feuern. Zwei Torpedos schienen Treffer erzielt zu haben. Die Mannschaft ging in die Boote und kam auf uns zugerudert. Wir nahmen sie auf und gaben ihnen Nahrung. Darauf kam das U-Boot auf uns zu. Wir signalisierten den anderen Schiffen hinter uns, daß wir angegriffen würden. Darauf tauchte das U-Boot unter, erschien aber bald darauf wieder an der Oberfläche und torpedierte die Schiffe hinter uns. Wir verringerten unsere Geschwindigkeit und das U-Boot kam längsbeist. Wir sahen, wie die Geschosse fertig gemacht wurden. Nachdem wir die Gemland verlassen hatten, bemerkten wir, daß der U-Boot-Kapitän seine Offiziere nach dem Schiff landete, um es mit Sprengbomben zu vernichten.

erklärte, daß über die Dampfer Gemland, Bandoeng und Jaandij, die nach der Torpedierung treibend blieben, keine neuen Nachrichten eintrafen. Man erbot sich von den Schiffen keine Spur mehr. Die britische Admiralität vermutet, daß sie gesunken sind.

Orleans in der Gironde eingetroffen.

Bordeaux, 26. Februar. (Meldung der Agence Havas.) Der Dampfer Orleans ist auf der Reede von Pauillac eingetroffen.

Dänische Neutralitätsbewahrung.

Kopenhagen, 27. Februar. Der dänische Dampfer Charlow, der bisher im Lufthafen lag, fuhr gestern in den Innenhafen, um Ladung einzunehmen. Er rief durch seine neue Neutralitätsbezeichnung, die in Bemalung beider Schiffseiten in ihrer ganzen Länge mit senkrechten roten und weißen Streifen besetzt, überall großes Aufsehen hervor. Wie verlautet, müssen diese neuen Neutralitätsabzeichen von allen dänischen Schiffen in ausländischer Fahrt angelegt werden.

Verbesserte Seenoth-Hilfsmittel auf spanischen Schiffen.

Bern, 26. Februar. „Journal“ meldet aus Barcelona, der Marineminister habe den Befehl erteilt, daß alle Handelschiffe von über 600 Tonnen mit einer Funkeneinrichtung von mindestens fünf Meilen Reichweite und Motorrettungsbooten ausgerüstet werden müßten.

Deutschland an Brasilien.

Basel, 27. Februar. (Zettl. Ztg.) Havas meldet aus Rio de Janeiro: Man meldet offiziell: Die deutsche Regierung habe dem brasilianischen Gesandten in Berlin erklärt, sie bedauere, daß die ergriffenen militärischen Maßnahmen den Interessen der Neutralen schaden. Deutschland sei aber unerschütterlich entschlossen, die Tauchbootflotte aufrechtzuerhalten. Die Reichsregierung werde im Falle der Versenkung eines brasilianischen Schiffes die Frage auf diplomatischem Wege regeln.

Rundgebung der holländischen Sozialisten.

Haag, 27. Februar. („Frankf. Ztg.“) In Amsterdam fand gestern eine Rundgebung der sozialistischen Arbeiterpartei und der Gewerkschaften statt. Der Vorsitzende Dubegge forderte die Delegierten auf, ruhig zu bleiben und ruhiges Blut zu behalten. Das sei immer noch die einzige Art, das Land außerhalb des Krieges zu halten. Den Verhandlungen wohnten 1200 Delegierte bei, die 170 000 Arbeiter vertraten. Der sozialistische Schiffe von Amsterdam Wikant erklärte, daß die am Freitag versenkten Schiffe genug Mehl, die ganze holländische Bevölkerung eine Woche lang mit Brot zu versorgen, und außerdem noch Pflanzenfett, Viehbutter und andere Lebensmittel verfrachtet hatten. Rehner trat für Rationierung ein, warnte jedoch das Volk davor, eine Rationierung zu verlangen, mit der die jetzige Lebensmittelsituation fortgesetzt werden könne.

Ein Beschluß der Versammlung forderte sofort von der Regierung die Verteilung billiger Lebensmittel und Verhinderung jeder Zurückhaltung von Lebensmitteln.

Reichstagsrede des Reichskanzlers. Scheidemann gegen die Alldeutschen.

63. Sitzung, Dienstag, den 27. Februar,
vormittags 11 Uhr.

Im Bundesrat: Bethmann Hollweg, Helfferich,
Stein, Zimmermann, Roedern, Capelle.

Gaushalt und Kriegssteuern.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

Während unsere Krieger im Trummelfeuer stehen, unsere U-Boote die See durchkreuzen, während wir in der Heimat an nichts, an gar nichts anderem zu arbeiten haben, als Geschäfte und Munition zu schaffen, als Lebensmittel zu erzeugen und sie gerecht zu verteilen, gibt es mitten in diesen auf höchster gespannten Kämpfen nur eine Forderung, die alle übrigen Fragen beherrscht: Kämpfen und Siegen! (Lebhafte Beifall.) Die vom Reichstag mit überwältigender Mehrheit beschlossene Bewilligung der Kriegskredite verleiht aber Welt unserer unwiderstehlichen Entschlüsse zu stehen.

bis der Feind zum Frieden bereit ist.

(Erneuter Beifall.) Viel wird darüber geschrieben und gesprochen, wie dieser Friede aussehen soll. So entscheidend diese Frage für unsere Zukunft ist, so würde ich es doch nicht für gut halten, wenn ich mich an solchen Debatten beteiligen wollte. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Ich kann von meiner Seite aus nicht Versprechungen machen oder ins einzelne gehende Formulierungen unserer Bedingungen aufstellen. Das wäre unfruchtbar. (Sehr richtig! auf denselben Seiten.) Die feindlichen Nachthaber haben es reichlich getan. Sie haben sich untereinander ausschweifende Zusicherungen gemacht, aber doch nichts weiter damit erreicht, als daß sie sich und ihre Völker immer tiefer in den Krieg verstrickt haben. (Sehr richtig!) Ihr Beispiel lacht mich nicht. (Sehr gut!) Was ich über Richtung und Ziel unserer Bedingungen noch sagen konnte, habe ich wiederholt gesagt: Dem Kriege ein Ende machen durch einen dauerhaften Frieden, der uns Entschädigung gewährt für alle erlittenen Verluste, und der einem starken Deutschland ein gesichertes Dasein und eine gesicherte Zukunft bietet. (Lebhafte Beifall.)

Wie auf dem Gebiete der äußeren Politik, so haben sich auch große innerpolitische Probleme ergeben. Auch hier gehen die Meinungen auseinander. Neuorientierung! Kein schönes Wort, ich nehme es heute zum erstenmal in den Mund. Es erweckt so leicht die falsche Vorstellung, als ob es in unserem Belieben läge, ob wir uns neuorientieren wollen oder nicht. Nein, meine Herren, eine neue Zeit mit einem erneuerten Volke ist da. (Lebhafte Zustimmung.) Der gewaltige Krieg hat sie geschaffen. Ein Geschlecht, das durch so ungeheures Erleben bis in die letzten Falteln seiner Empfindungen erschüttert ist, ein Volk, von dem ein ergreifendes Wort eines selbigen Dichters sagen konnte:

„daß sein ärmster Sohn auch sein getreuer war“.

(Lebhafte Beifall.) eine Nation, die es tausendfältig und täglich erfährt, daß nur ihre gesamte Kraft die äußere Gefahr bestehen und überwinden kann — das sind lebende Kräfte, die sich von keinem Parteiprogramm, nicht von rechts noch von links einschränken und aus ihrer Bahn werfen lassen. (Sehr richtig!) Wo die politischen Rechte neu zu ordnen sind, da handelt es sich nicht darum, das Volk zu belohnen für das, was es getan hat. (Stürmische Zustimmung, besonders links.) Das ist geradezu unwürdig. Es handelt sich nur darum, den richtigen politischen und staatlichen Ausdruck für das zu finden, was dieses Volk ist. (Erneute starke Zustimmung auf denselben Seiten.) Gewaltige Aufgaben stehen und nach dem Kriege bevor, lösen können wir sie nur, wenn die gesamte Kraft, deren Zusammenfassung uns allein es ermöglicht, den Krieg zu gewinnen, auch im Frieden fortwirkt, wenn ihr die Bahnen geöffnet werden, daß sie frei und freudig fortwirken kann. Das regelt sich nicht nach Parteipositionen, das ist eine Forderung der inneren Stärke unseres Staates, und diese Forderung wird sich durchsetzen. (Lebhafte Zustimmung, besonders links.) Sollte jemand hiergegen einwenden, daß nach den Verleumdungen der hundert Jahren die Hoffnungen auf eine vollständige Bekämpfung des Staatswesens getrübt wurden, der übersehen ganz den Unterschied der Zeiten. Die Zeiten, wo die

Regierungen von der Kabinettspolitik befreit

wurden, wo die freiheitlichen Strömungen mehr oder weniger kosmopolitisch waren, sind überwunden. Damals leuchtete der nationale Gedanke nur in wenigen Köpfen. Heute hat er das ganze Volk in allen seinen Schichten über jeden Rang und jede Partei hinweg erfasst und hat uns zu einer untrennbaren Einheit zusammengeschweißt. (Lebh. Zustimmung.) So wie das anerkannt wird auch in gut konterbattiven Köpfen, so glaube ich, werden auch besonnene Vertreter der Demokratie den Wert unserer monarchischen Einrichtungen zu schätzen wissen. Die Erbin und Lloyd George wollen die Welt glauben machen, ihr Ziel sei es, Deutschland vom preussischen Militarismus zu befreien, das deutsche Volk von sich aus mit demokratischen Einrichtungen zu beenden. Nun, wo wir von etwas zu befreien sind, da werden wir es selbst befragen. (Starke Zustimmung links.) Und was den Militarismus anlangt, so hat Lloyd George vor dem Kriege anerkannt, daß bei unserer geographischen Lage immer noch das Wort Friedrich des Großen gilt: „toujours en vedette“ (Immer auf dem Posten). Wirkamer als mit den Einrichtungen, die auf festem monarchischen Boden ruhen, kann diese Macht nicht getrieben werden, und am wirksamsten durch eine Monarchie, die ihre Wurzel hat im Volk, in seinen breiten Schichten, und die aus diesem unerschöpflichen Quell, aus der Liebe des freien Mannes ihre Kraft zieht. (Bravo!) Dies und nichts anderes ist Sinn und Wesen des deutschen Kaisergedankens und des preussischen Königtums.

Ich kehre von der Zukunft zur Gegenwart zurück. Meine letzte Rede hier am 12. Dezember galt

unserem Friedensvorschlag.

Er fand bei den Neutralen lebhaften Widerhall. Bei unseren Feinden aber war die verhasste Kriegsheldensucht ihrer Nachthaber stärker, als der Schrei der Völker nach Frieden. Ihre Antwort war größer und vermeßener als irgend ein Vernünftiger bei uns und den Neutralen sie erwarten konnte. (Sehr richtig.) Die Wirkungen dieses Dokumentes barbarischen Inhaltes und Hasses liegen klar zutage. Unsere Bündnisse und Fronten stehen fester, das deutsche Volk ist einiger und handfester als je. (Bravo.) Allein auf unsere Gegner fällt die ungeheure Schuld des fortgesetzten Blutvergießens, fällt der Haß der lebenden Menschheit zurück. Sie waren es, die die Hand der Versöhnung ausgeklügelt haben.

Ueber die See Sperre habe ich am 31. Januar vor Ihrem Hauptausfluß gesprochen. Auf die Ankündigung der Sperre haben wir

von den Neutralen Erwidierungen mit Vorbehalten, Bestwahrungen und Protesten erhalten. Wir verstehen durchaus nicht die großen Schwierigkeiten für die neutrale Schifffahrt und suchen sie möglichst zu lindern. Zu dem Zweck suchen wir den neutralen Staaten Kohle und Eisen innerhalb des Reichs unserer Kräfte zuzuführen, aber letzten Endes sind diese Schwierigkeiten durch die brutale Seeblockade Englands verursacht. (Sehr richtig!) Diese

Knechtung jeden nicht britischen Seeverkehrs

wollen und werden wir brechen. (Lebhafte Beifall.) Den erfüllbaren Wünschen der Neutralen können wir entgegen soweit wir können. Aber in dem Bestreben, dies zu tun, ist und durch unseren unwiderstehlichen Entschluß eine unüberwindliche Grenze gesetzt, den Zweck der Sperre unbedingt zu erfüllen. (Lebh. Beifall.) Es wird noch der Zeitpunkt kommen, wo die Neutralen uns danken werden für diese Festigkeit. Denn die Freiheit der Meere, für die wir kämpfen, wird auch ihnen zugute kommen. Noch einen Schritt weiter als die europäischen Neutralen sind die Vereinigten Staaten von Amerika gegangen. Authentische Mitteilungen über die Gründe, die den Präsidenten Wilson zum scharfen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu uns geführt haben, habe ich bisher nicht erhalten. (Hört! hört!) Bei dem Mangel eines amtlichen Dokuments bin ich auf die unsichere Quelle der von Reuters verbreiteten Inhaltsangabe einer Votivnote Wilsons an den Kongress vom 3. Februar angewiesen. Danach soll der Präsident gesagt haben, durch unsere Rote vom 31. Januar werde plötzlich und ohne vorherige Andeutung vorläufig das in der Note vom 4. Mai 1916 gegebene jetzige Versprechen zurückgezogen. Sollte diese Argumentation authentisch sein, so müßte ich gegen sie entschieden Widerspruch erheben. (Sehr richtig!) Seit über einem Jahrhundert leben wir in freundschaftlichen Beziehungen zu Amerika. Beide Länder haben sich gut dabei gefunden. Seit Beginn des Krieges ist es drüber anders geworden. Noch am 27. August 1913 während der mexikanischen Wirren hatte Präsident Wilson in einer feierlichen Votivnote an den Kongress erklärt, er glaube den besten völkerrechtlichen Gepflogenheiten in Bezug auf die Neutralität zu folgen, wenn er die

Lieferung von Waffen und Kriegsmaterial

an beide kriegsführende mexikanische Parteien verbiete. (Lebhafte Hört! hört!) Ein Jahr später, 1914, wurde diese Gepflogenheit ersichtlich nicht mehr für gut gehalten. Ingezähltes Kriegsmaterial hat Amerika an die Entente geliefert, und während man eifernd über das Recht der amerikanischen Bürger wacht, mitten durch die Schlachtfelder der See ungehindert frei mit England und Frankreich Handel treiben zu können, selbst solchen, den wir mit unserem deutschen Blute bezahlt haben (Hört! hört!), läßt das Recht der amerikanischen Bürger den Rittmächtigen gegenüber nicht eben vollständig gelähmt zu werden. (Sehr wahr!) Man protestierte zwar gegen englische Völlerrechtsbrüche, aber man sagte sich, daß unsere Zustimmung vom 4. Mai 1916 unter gewissen Voraussetzungen hinfallig werden würde, hatten wir von vornherein ausdrücklich und unmißverständlich erklärt. (Lebhafte Zustimmung.) Der Kanzler verliest den Schluß unserer Note vom 4. Mai und fährt fort: Die Regierung der Vereinigten Staaten hat uns den Empfang der Note vom 4. Mai am 10. Mai bestätigt. Wenn sie darin die Meinung ausdrückt, wir beantragten nicht die neu angelegte Politik des U-Boot-Krieges von dem Ergebnis der Verhandlungen der amerikanischen Regierung mit irgend einer anderen Regierung abhängig zu machen, so widerspricht das so sehr dem was wir in unserer Note klar gesagt hatten, daß eine Erwidern von unserer Seite an dem beiderseitigen Standpunkt nicht geändert haben würde. Daß aber die Voraussetzungen, an die wir die Wiedererlangung der Freiheit unserer Entschlüsse geknüpft hatten, längst eingetreten sind, daran kann auch in Amerika niemand zweifeln. (Sehr wahr!) England hat die Abperrung Deutschlands nicht aufgegeben, sondern auf das rücksichtsloseste verstärkt. (Sehr richtig!) Noch Ende Januar hat England eine neue Sperre-Erklärung für die Nordsee erlassen. Da konnte es für niemand eine Überraschung bilden, daß wir am 21. Januar dieses Jahres die Freiheit der Meere nicht als wieder hergestellt ansahen.

Unsere Feinde und die uns überwindenden amerikanischen Kräfte weisen auf einen angeblich wichtigen Unterschied zwischen unserer Handlungsweise und der der Engländer hin: England verleiht wesentlich wirtschaftliche Werte, Deutschland aber unerlebbare menschliche. Warum kommen denn bei den Engländern amerikanische Menschenleben nicht in Gefahr? Doch nur, weil die Neutralen und insbesondere Amerika sich

freiwillig den Anordnungen Englands fügen

(Sehr richtig!), und weil England so der Notwendigkeit überhoben ist, seinen Zweck durch Gewalt zu erreichen. Was wäre wohl geübter, wenn die Amerikaner auf dem ungehinderten Passagier- und Güterverkehr mit Hamburg und Bremen bestanden hätten? (Lebhafte Zustimmung.) Hätten sie das getan, so wären wir von dem peinlichen Einbruch befreit gewesen, daß nach amerikanischer Auffassung eine Unterwerfung unter englische Kontrolle mit dem Wesen der Neutralität vereinbar ist, daß die Anerkennung der deutschen Abwehrmittel aber mit dem Wesen der Neutralität unvereinbar ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir bedauern den Bruch mit einem Volke, das nach seiner ganzen Geschichte dazu berufen schien, mit uns, nicht gegen uns für das gemeinsame Ideal einzutreten. Nachdem aber unser ehrliches Friedensangebot nur den Kriegsturm der Gegner entfesselt hat, gibt es für uns

kein Zurück mehr.

sondern nur noch ein Vorwärts. (Lebhafte Beifall.) Daß England die verhasste Anwendung der U-Boot-Waffe als großes Verbrechen der Weltgeschichte hinstellen würde, war vorauszu sehen. Es glaubt der vorausbestimmte Herrscher der Meere zu sein und zugleich der allgemeine Wohlfahrter der Menschheit. Jeder Gegner, der sich der englischen Gewohnheit nicht beugen will, die Bestimmungen des Seerechts je nach den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Bedürfnissen zu erweitern oder zu verengern, wird als Feind der Menschheit hingestellt. Angesichts der Verleumdungskampagne, die England in der ganzen Welt gegen uns betreibt, unterstreiche ich es noch einmal: Unser jetziger U-Boot-Krieg ist eine Erwidern auf die Hungerblockade, die England seit Beginn des Krieges gegen uns ausübt. (Lebh. Zustimmung.) Die englischen Nachthaber wickeln sich in der Hoffnung, daß ihnen der Krieg nicht teuer zu stehen kommen würde, daß nach bewährtem Muster auf dem Festlande die Alliierten die Arbeit für England

verrichten würden, und daß England mit seiner stolzen Flotte Deutschland durch Auslieferung zur Kapitulation zwingen würde, ohne selbst Menschen dabei zu verlieren. Es war das Recht der berücktesten Konzentrationslager im Burenkrieg, in denen 15.000 bis 16.000 ungeschändete Frauen und Kinder ein Opfer englischer Grausamkeit geworden sind. (Hört! hört!) Was England damals im Kleinen ausübte, wollte es jetzt im Großen ausführen. Jetzt sollte das ganze deutsche Volk mit seinen nahezu 70 Millionen, mit seinen Frauen und Kindern, mit seinen Kranken und Gebrüchlichen ausgehungert und damit zur Kapitulation gezwungen werden. England ist es gewesen, das von Anfang an aus diesem Krieg nicht einen Streich von Heer zu Heer, sondern von Volk zu Volk gemacht hat. (Stürmische Zustimmung.) Und nachdem England dies getan hat, nachdem die Feinde unserer edelsten Friedensangebote nur Hohn und Spott entgegen gesetzt haben, da blieb dem deutschen Verteidigungswillen nichts weiter übrig, als das Goethe'sche „Auf einen großen Noth gehört ein großer Noth“. (Lebhafte Zustimmung.) England scheint die Gefahr, die ihm von U-Boot droht, zu erkennen. Allerdings trägt die englische Regierung ihr Volk, sie werden binnen kurzem Herr des U-Boot-Krieges werden. Nun, wir wollen abwarten. Einstweilen kann ich erklären, daß die bisherigen Erfolge des seit dem 1. Februar geführten U-Boot-Krieges

die Erwartungen unserer Marine bei weitem übertreffen.

(Lebh. Bravo!) Die Berichte, die der Feind über Schiffe, die die Sperre gebrochen haben, verbreitet, worauf sich die Feinde erheben, etwas gut zu tun, enttäuschen uns gar nicht. Wir haben niemals eine Blockade erklärt, sondern nur bestimmte Sperregebiete festgesetzt, in denen jedes Schiff mit sofortigem Angriff zu rechnen hat. Daß dabei Schiffe der Gefahr ausgesetzt sind, versteht sich eigentlich von selbst. Im Gesamterfolg ändert das nichts, den wir eines Teils durch Verschwendung, andererseits durch die Störung der neutralen Schifffahrt, die bereits in großem Umfang eingetreten ist, erreichen. (Beifall.) Dank der unergieblichen Travaux unserer U-Boote (Lebh. Beifall) sind wir wichtig, der weiteren Entwicklung des Krieges, der sich heigern wird mit seiner Wirkung auf die Kriegsfähigkeit unserer Feinde, mit aller Gewißheit entgegen zu sehen. (Lebhafte Beifall.)

Noch Ablehnung unseres Friedensangebotes sprach unser Kaiser das Vertrauen aus, daß jedes deutsche Mannes Kraft sich in heiligen Jotum über Wacht und Vernichtungsmut unserer Feinde verdoppeln werde. Daß dies Vertrauen gerechtfertigt war, hat das deutsche Volk bewiesen im Kampf und im Tode. Wir haben einen schweren Winter hinter uns, und das was namentlich für die ärmere Bevölkerung, Beschränkungen im Bahnverkehr haben die Verfertigungen mit Lebensmitteln und Heizstoffen noch erschwert. Das

Feldtun unserer Frauen und Kinder.

der Geist der Vaterlandsliebe, der sich so unerschütterlich bewährt, hat schon jetzt den englischen Hungerungsplan zu schanden gemacht. (Lebhafte Beifall.) Die militärische Lage hat sich kaum verändert. Heberall sind unsere Fronten verhärtet, unsere tapferen Soldaten bliden vertrauensvoll auf ihre festgewohnten Plätze. In geringerer Geschlossenheit, geperrt durch die Ablehnung unseres Friedensangebotes, an den Landfronten für alles bereit, dank der genialen Leitung unserer Obersten Heeresleitung (Beifall) und der unüberwindlichen Zähigkeit unserer Truppen (Beifall), auch an der Wasserfront unbesiegt und für den Unterseebootkrieg vielfach mehr gerüstet als im vorigen Jahre, so geben wir voller Vertrauen den nächsten Monaten entgegen. (Lebh. Beifall.) Das Heer vor dem Feinde und das Heer in der Heimat befecht gemeinsam der unbesiegbare Wille, nicht zu dulden, daß wir in Schmach geraten, daß wir der Freiheit entsagen müssen! Dieser Wille, in Not und Tod tausendfältig bewährt und gehärtet, der macht uns unüberwindlich und führt uns zum Sieg. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.)

Abg. Dr. Spahn (Z.):

Da wir den Krieg um die Sicherung unserer Existenz geführt hatten, konnten wir unsere Ziele als erreicht ansehen, als wir am 12. Dezember unser Friedensangebot machten. Die Antwort darauf war die offene Bekämpfung der Weltberühmten Pläne unserer Gegner, die uns und unsere Verbündeten vernichten wollten. Wir sollten Ost- und Ostböhmen an Frankreich, unsere östlichen Provinzen an Rußland abgeben; Ostereisch-Lugarn sollte aufgeteilt, die Türkei aus Europa hinausgeschleppt werden. Dagegen gab es für uns nur eine Antwort: Durchhalten und Siegen! Es ist eine Schmach für das englische Parlament und das englische Volk, daß sie durch ihr Schweigen den neutralen Auslieferungskrieg gegen Greise, Frauen und Kinder begünstigt haben. Der Redner gibt dann eine auf der Tribüne im einzelnen unerschöpfliche ausführliche Darstellung der Entwidlung des Streites um die Anwendung der U-Boot-Waffe. Das Zentrum hat von Anfang an die Anwendung der U-Boot-Waffe gefordert, wenn der Erfolg einer schweren Schädigung Englands geschieht sei. Der Redner kommt zum Schluß auf die Erörterungen über das Schussbüchse zurück und betont, er halte es für ein nobles officium des Kriegsministers, dafür zu sorgen, daß ob nun im einzelnen Falle ein Antrag vorliege oder nicht, die Fälle von Schussbüchse auf Grund der neuen Bestimmungen untersucht würden. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Scheidemann (Soz.):

Die Gefühle, mit denen die Sozialdemokraten den Reichstag diesmal betreten haben, sind andere als die waren, mit denen wir am 12. Dezember diesen Sitzungssaal verlassen haben. Trotzdem, wenn auch heute gar zu hoch am Boden liegt, was damals zu leben schien, so stehe ich nicht an, zu erklären, daß die Stunden, die wir Sozialdemokraten damals durchlebt haben, zu den schönsten, frohesten und stolzesten meines Lebens zählen, und ich bin überzeugt, daß auch eine ganze Anzahl anderer Herren in diesem Saal in diesem Empfinden und zustimmen. Es liegt in der Natur der Sache, daß dies Gefühl gerade bei uns Sozialdemokraten am stärksten ausgeprägt ist, denn wir sind allezeit die Träger der Friedensbewegung in Deutschland gewesen. Unsere Sache war und ist eine

Revolution der Vernunft gegen den Wahnsinn des Völkermordes, und so mußte es uns mit der tiefsten Genugtuung erfüllen, als die Regierung mit Argumenten, die den unsrigen wesentlich nahe kamen, der Welt den Frieden anbot. Wir haben am 12. Dezember vorigen Jahres gegen die Eröffnung der Debatte über die Rede des Reichskanzlers gestimmt. Ich will Ihnen heute ganz offen sagen, warum. Sie wissen, daß es nicht unsere Gewohnheit ist, eine Debatte vorzeitig zum Abschluß zu bringen, und daß es am wenigsten unsere Art ist, Regierungserklärungen un-

beantwortet hinzugehen. Aber wir glaubten damals, in einer ganz besonderen Situation zu handeln zu müssen, weil wir, offen herausgesagt, die Befürchtung hatten, daß durch unkluge Ansetzungen von einer bestimmten Seite dieses Hauses den gegnerischen Regierungen eine gar zu bequeme Möglichkeit geboten worden wäre, das Friedensangebot Deutschlands abzulehnen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Weil uns aber die Sache des Friedens über alles ging, haben wir in dieser besonderen Situation gegen die Debatte gestimmt. Die Regierungen der Mittelmächte haben den feindlichen Regierungen die Vorschläge, mit denen sie auf die vorgeschlagene Konferenz gehen wollten, nicht näher bezeichnet. Es hat sich infolgedessen großer Streit darüber entwickelt, ob diese Vorschläge wirklich mit den Kriegsziele der Sozialdemokraten übereinstimmen. Wir scheinen ein solcher Streit sehr häufig zu sein, denn bei solchen Konferenzen kommt es wahrhaftig nicht darauf an, wie sie anfangen, sondern wie sie aufhören (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und ich bin fest überzeugt, daß das Ergebnis einer solchen Konferenz, so früh oder so spät sie stattfinden mag, nicht wesentlich anders ausfallen wird, als das, was meine Freunde hier wiederholt als das deutsche Friedensprogramm skizziert haben. Im übrigen bin ich allerdings der Meinung, daß ein noch deutlicheres Aussprechen dieses unauflöslichen Ergebnisses in der deutschen Friedensantwort mehr genützt als geschadet hätte. Allerdings — nach den Erfahrungen, die man bisher gemacht hat, kann man sich der Möglichkeit nicht verschließen, daß ein Klipp und klar ausgesprochenes

Versicht auf Erprobungen

die Energie der feindlichen Kriegsparteien noch mehr gestärkt hätte. Es hätte freilich auch der Friedensbewegung ein solches deutsches Angebot drüben mächtig Nutzen stiften können, und darauf war natürlich unsere ganze Politik eingerichtet. — Man wird uns heute sagen, daß unsere Arbeit ihr Ziel nicht erreicht hat. Dem entgegen ist: Stünden wir heute vor derselben Situation wie damals, wir würden genau so handeln, wie wir damals gehandelt haben. Soll es einmal zum Frieden kommen, den die Welt schließlich verlangt, so muß in jedem Lande eine starke Strömung vorhanden sein, die sich einer unerlösten Erprobungs- und Risikopolitik entgegenwirkt (Sehr wahr! h. d. Soz.) und der Regierung den Weg zur notwendigen Selbstbeschränkung zeigt und erleichtert. Anders werden wir überhaupt nie zum Ende kommen. Als die Gegner in ihrer berückelnden Antwort an Wilson ihre Erprobungspolitik rücksichtslos enthüllten, hat sich der entscheidende Wille zur Verteidigung in unserem Lande wieder hoch und entschlossen aufgerichtet. Es gab nur eine Stimmung im Volk: Wieder alles andere als einen solchen Frieden. (Sehr richtig!) Man tut immer flog, andere Völker nach dem eigenen zu beurteilen — die Unterschiede sind wirklich gar nicht so groß, wie die Kriegspropaganda sie uns darzustellen bemüht. Ich frage: wenn wir etwa in umgekehrter Richtung ein ähnliches Programm aufgestellt hätten wie unsere Gegner, würde dann drüben nicht auch der Wille zur Verteidigung aufgeflammt sein. (Sehr richtig!) Als das Friedensangebot gemacht wurde, sahen wir unsere Aufgabe darin, alles nur mögliche zu tun, damit es in absehbarer Zeit zu einer Konferenz kam, und weiter alles zu tun, damit die eigene Regierung sich nicht von den Annexionspolitikern zu Forderungen drängen ließe, die das Zustandekommen des Friedens wieder in Frage stellten. Die Antwort der Gegner an den Präsidenten Wilson machte

einen Strich durch unsere Rechnung.

Jedermann hatte wohl erwartet, daß die Gegner nicht ohne Fieren und Straußen, nicht ohne Betonung ihrer eigenen Stärke, nicht ohne trübende Verweise zu Vorberhandlungen die deutsche Einladung zu einer Konferenz annehmen würden. Aber eine so brutale Herausfordernde Sprache, ein so wahrhaftiges, allen Tatsachen Höhe sprechendes Siegesprogramm, das hatten wohl nur ganz wenige von jener Seite erwartet. Was man auch jenseits der Grenzen über die Entstehungsursachen dieses Krieges lesen mag, diese neue Wusthaube, die sie auf sich geladen haben, durch die brutale Abwertung des Friedensangebots, werden sie nimmermehr abwaschen können. (Lebhafte Zustimmung.) Was war nun, angesichts des ausgesprochenen Willens der Gegner, den Krieg fortzusetzen, zu tun? Daß wir unsere Kräfte bis zum äußersten anspannen mußten, um die Pläne der Gegner zu Schanden zu machen, darüber war das ganze Volk einig. Keine Heberleinigung bestand dagegen darüber, zu welchen Fieren und mit welchen Mitteln. Die Sozialdemokraten waren der Meinung, daß die nach der bisherigen Methode erreichten großen Erfolge sich ohne Änderung der Methode festhalten und erleichtern ließen, ohne daß eine weitere Macht auf die Seite unserer Gegner gezogen wurde, bis hin auch drüben der Friedenswille Bahn brähe. Wir sind mit dieser unserer Politik nicht durchgekommen. So sehr wir das bedauern, so sehr begreifen wir, daß es anders gekommen ist. Am Tage nach der Veröffentlichung des feindlichen Erprobungsprogramms schrieb eines der Blätter, das unsere Politik stets am heftigsten bekämpft hat, einen Artikel mit der Überschrift: „Danke an Lloyd George! Der Dank war aufrichtig. Es gibt eben heutzutage auch eine

Internationale der Kriegsverwickelten und der Kriegsverlängerer,

deren Mitglieder einander in die Hände arbeiten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was die eine von ihnen hochheißt, das hilft auch den anderen zu neuer Kraft. Lloyd George ist der Vater der neuen Entschlüsse der Reichsleitung, die in Gemeinschaft mit der Obersten Heeresleitung die Verantwortung trägt, die wir ablehnen: der verhängnisvolle U-Boot-Krieg ist eigentlich in der Konferenz der Alliierten in Rom beschlossen worden. Nachdem die Sache nun einmal in Gang gekommen ist, können auch wir nur von ganzem Herzen wünschen, daß er baldmöglichst den Frieden bringt. — Eine leicht voraussehende Folge des verhängnisvollen U-Boot-Krieges war der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Amerika. Ich bedaure diese Wendung der Dinge auf das tiefste. Wir stimmen nicht mit denen überein, die Amerika bereitwillig als einen neuen Feind — man kann geradezu sagen — begrüßen. Ich will die möglichen Konsequenzen dieses Bruches hier nicht in allen Einzelheiten erörtern, möchte aber doch die Regierung auf die Ernährungs-schwierigkeiten hinweisen, die daraus für die schwer gepörrte Bevölkerung Belgiens und Nordfrankreichs erwachsen. Diese Bevölkerung steht unter unserem Schutz, wir haben auch für sie noch Kräfte zu sorgen. Das können wir meines Erachtens am besten, indem wir die Leute in dem Lande belassen, zu dem sie gehören, und in dem zu verbleiben, sie ein Recht haben, und in das zurückzuführen, wenn sie es verlangen, man ihnen nicht wehren soll. Wenn ich von der Konsequenz dieses diplomatischen Bruchs für die deutschen Gebiete gesprochen habe, so soll das nicht heißen, daß wir die Folgen für uns selbst auf die leichte Schulter nehmen. Wir verkennen keinen Augenblick, daß unsere militärische Überlegenheit, die wir noch meiner bestimmten Annahme bis zum Ende des Krieges bewahren werden, sich folglich moralische und wirtschaftliche Kräfte gegenüberstellen, die durch den offenen Hinzutritt Amerikas verstärkt werden. Ich verstehe auch diejenigen nicht, die die Koalition der Gegner leichten Herzens wachsen sehen und die dabei die Regierung noch zu

immer größerer Maßlosigkeit der Kriegsziele

ermuntern. Wir werden schon aus Selbsterhaltungstriebe gegen jeden neuen Feind kämpfen, der sich uns entgegenstellt. Wir vertrauen unserer bis an die Zähne gewappneten Volkstrast. Aber wir mahnen zugleich auch das eigene Volk und die eigene Regierung zu einer nüchternen Einschätzung des Berechtigten. Erreichbar muß sein, was erreicht werden kann: Ehre, Dasein, wirtschaftliche Entwicklung, Freiheit des Reiches müssen unangefastet aus diesem furchtbaren Ringen hervorgehen.

Wenn die neuen Stürme des Krieges anhaben, die dieses Frühjahr uns ankündigt — wie den Sozialdemokraten taten

alles, um sie zu verhindern, und sie wären unbedingt verhindert worden, wenn auch die ausländischen Sozialdemokraten mit der gleichen Energie dafür eingetreten wären wie wir — wenn also diese neuen Stürme ausbrechen, dann werden auch wir mit unserm Fleiß und Mut, mit unserm Wunsche und Wollen für Deutschlands freie, gesicherte Zukunft mit dabei sein, und in diesem Sinne haben wir auch diesmal die geforderten Kredite bewilligt. Wir hätten gewünscht, daß der Reichszentralrat schon vor der Bewilligung der Kredite eine Erklärung über die Gesamtpolitik der Reichsleitung abgegeben hätte. Der Reichszentralrat hat auch von den Kriegsziele gesprochen und gesagt, auf Einzelheiten lasse er sich nicht ein, er habe schon oft darüber gesprochen und nehme nichts davon zurück. (Das letzte) waren die Worte vom 12. Dezember, worin er seine Vereinfachung zum Frieden erklärte. Ich habe auch nicht finden können, daß der Reichszentralrat sich im Widerspruch befunden hat zu den

Neben des ungarischen Ministerpräsidenten.

Auch Graf Tisza hat wiederholt erklärt, es bleibe bei dem, was wir in unserem Friedensangebot vom 12. Dezember und in der erklärenden Note an die Neutralen gesagt haben: Wir sind noch immer zum Frieden bereit, wir sind immer noch zum Verhandeln bereit, und wenn der Krieg weiter dauert, so ist es nicht unsere Schuld, sondern ausschließlich die unserer Gegner. Wörtlich sagte Graf Tisza:

Wir führen diesen Krieg, weil wir ihn zur Rettung unseres angegriffenen Lebens führen müssen. Wir werden ihn gegen jeden führen und unter allen Umständen so lange, aber auch nicht eine Minute länger, als zur Rettung unseres Lebens, unserer Sicherheit und unserer Existenzinteressen notwendig ist. Darin stimmen alle unsere Bundesgenossen überein. Wenn der Vierbund diesen Krieg mit einem Frieden beschließen würde, wie er den Feinden vorschwebt, so könnte ein solcher Frieden durch keinerlei Hebereinken zu einem dauerhaften gemacht werden. Ein dauerhafter Frieden kann nur so beschaffen sein, daß er bei niemandem Revanchegedanken erregt.

Diese klugen Äußerungen haben in Deutschland den größten Beifall gefunden. Allerdings mit einer nicht zahlreichen, aber sehr heftigen Ausnahme. In gewissen Kreisen hat nämlich die neueste Wendung der Dinge eine Art Koller hervorgerufen, den sie fälschlicherweise Furor tautonikus nennen und in diesem Zustande schlagen sie um sich, ohne zu bedenken, wen sie treffen. Diese absonderlichen Vorkämpfer für Deutschlands Herrlichkeit scheinen nach dem Grundgedanken zu handeln, daß wir immer noch viel zu wenig Feinde und noch immer viel zu viel Bundesgenossen haben. Man muß den Grabschauer bewundern, den jene Herren in dieser Zeit der Lebensmittelpreiseläufe aufbringen. (Geister!) Haben sie doch zu alledem noch Mut und Lust, dem Reichszentralrat, wie es in einem ihrer Flugblätter heißt, an die Lehle zu springen. Man hätte wirklich denken können, er hätte sich durch die neuen Entschlüsse der Reichsleitung eine bessere Behandlung von jener Seite verdient. Aber weit gefehlt, der Krieg gegen ihn wird munter fortgesetzt und wir haben erst in den letzten Tagen recht Erbauendes davon gelesen. Die Privatpolitik, mit der man sich in dem Zwecke bekannt hat, Verheerung zwischen militärischen und Zivilbehörden zu tragen, übersteigt wirklich alles bisher Dagewesene. Ein solches Treiben inmitten des Krieges nennt schon an Lande berrät. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir sind Gegner des Volkseinsatzes im politischen Kampf. Wenn er aber angewendet wird, dann bitte gleichmäßig.

Was Liebesrecht heißt, mühte Kardof bilig sein.

(Lebhafte Zustimmung links.) Freilich sind gewisse Unterschiede vorhanden, zunächst formaler Art. Der eine trit am Vatodamer Platz nieder mit der Regierung, der andere am Pariser Platz. In sachlicher Hinsicht aber war Liebesrecht. Auf eine harmlose Schwärmerci, verglichen mit dem kirchlichen Bombensich meichen. (Lebhafte Widerpruch rechts, lebhaft Zustimmung links.) Das sind dieselben Leute, die in ihren Verammlungen eine wahrhaft kanakalische Freude darüber äußerten, daß die Friedensverträge nichtlungen sind, und daß die Schlichter weitergehen. Wenn wir ringum von Feinden umgeben sind, und wenn selbst in den entferntesten Ländern ein geradezu unbegreiflicher Haß gegen uns aufkummt, so danken wir das nicht zuletzt jenem Treiben, (Lebhafte Widerpruch und Unruhe rechts, lebhaft Zustimmung links.) das man draußen mit Unrecht für die Stimme unseres nächstem Volkes hält. Man weiß dort nicht, daß unser Volk in seiner übergroßen Mehrheit für solche Neuperungen kein anderes Gefühl hat, als das des Abscheus und der Enttäuschung. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir stimmen dem Grafen Tisza an, daß der Krieg nicht eine Minute länger dauern darf, als zur Rettung unseres Lebens, unserer Sicherheit und unserer Existenzinteressen notwendig ist. Und die Völker der Welt, die unter dieser Katastrophe ebenso leiden wie wir, sollen wissen, daß nur der Starrsinn ihrer eigenen Regierungen an ihrem Leiden wie an unserem Schuld ist, und daß sie einen ehrlichen Frieden der Verständigung jeden Tag haben können. (Lebhafte Zustimmung links.)

Die Annahme der neuen Kredite belastet das Reich abermals mit Hunderten von Millionen an Zinsen. Im vorigen Jahre bedeckte man sie durch Steuern auf den Verbrauch und Verkehr, diesmal tut man es durch Steuern auf den Verkehr und Verbrauch (Geister!) und ist hin neugierig, was im nächsten Jahre beschlossen werden soll. Wir haben für diese Art der Finanzkunst keine Bewunderung. Ich warne Sie, die Kosten der Lebenshaltung in einem Maße zu steigern, dem die Steigerung des Einkommens nicht folgen kann. (Sehr richtig! links.) Die Last des Volkes ist riesengroß, aber noch größer ist der Unwille und Zorn über die

unbegreifliche Rücksichtnahme

gegenüber der wilden Gahier und dem schamlosten Wucher. Landeberrat treiben die, die das Volk jetzt andauern. In den Prauger mit den Christen, die aus der Not des Volkes Nutzen ziehen. (Lebhafte Zustimmung.) Natürlich mußten infolge des Abiperrkrieges die Zuhörer sich verringern; dazu kommt der Arbeitermangel, der eine intensive Verarbeitung des Bodens unmöglich macht, ferner Transport-schwierigkeiten. Alle diese Elemente mühten vertenernd auf die Lebensmittel einwirken. Aber was wir vielfach erleben, ist eine planmäßig betriebene Ausplünderung des Volkes. (Sehr wahr! links.) Hier fordere ich den Reichszentralrat dringend auf, so schnell als es irgend geht, zuzugreifen. Geht es um die Not durch das gewissenlose Verfälschen von Brotfrucht an das Vieh. Unser Viehstand ist zu groß, die Viehpreise müssen herabgesetzt und dadurch Abschladungen erzwungen werden. Statt dessen verlangen die „ewig Kostenden“ Heraushebung der Preise für Brotfrucht, Milch und Zucker. (Wört! hört! links.) Ich warne Sie, mit dem Feuer zu spielen. In diesem Zusammenhang erinnere ich auch an die unverantwortlichen Maßziehungen aus Bayern nach Norddeutschland, wobei auch das bayerische Verkehrsministerium und das stellvertretende Kommando des ersten bayerischen Armeekorps eine sehr merkwürdige Rolle gespielt haben.

Ihre Bekundigungsüberlege gegenüber den Angriffen in der bayerischen Presse gemahnt recht merkwürdig an Dinge, die wir bisher nicht in Deutschland, sondern nur in einem weiter östlich gelegenen Lande gewohnt waren. In der bayerischen Presse wird eine Liste von 45 Namen veröffentlicht, die man vorläufig als beteiligt an den Maßziehungen ermittelt hat, und die daran nicht weniger als 864 000 M. verdient haben. (Lebhafte Wört! hört! links.)

Ich erinnere an die Bekundigung zahlreicher Landräte, in denen den Landleuten ein Gewissen geredet wird, an die Tatsache, daß Militär aus Land geschickt werden mußte, um die nötige Kontrolle auszuüben und ich stelle demgegenüber eine Äußerung des bekannten Nationalökonom Prof. Hertner: „Im Gegensatz zu manchen anderen Erwerbegruppen, die selbst vor

einer wucherischen Ausbeutung der Kriegskonjunktur nicht zurückgeschreckt sind, hat die organisierte Arbeiterschaft jeden Kampf um bessere Arbeitsbedingungen eingestellt. Hier war es nicht notwendig, durch gefällige Höchstpreise einen Wucher mit der Verwertung der Arbeitskraft entgegen zu arbeiten. Die sozialistische Schulung und Disziplin, welche das Interesse des Ganzen, den Sonderinteressen voranzustellen lehrt, haben hier Triumphe gefeiert.“ Es ist das ein Ruhmesblatt für die deutschen Arbeiter. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir stehen jetzt vor den kritischen Monaten. Sichern Sie was noch auf dem Lande an Nahrungsmitteln vorhanden ist, für das ganze Volk. Wenn es an Transportmitteln fehlt, so lassen Sie den Personenverkehr eine Zeitlang gänzlich sperren. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nur einen kleinen D-Zug möchte ich allerdings bereit stehen lassen, denjenigen, der uns den

preussischen Landwirtschaftsminister

entführt. Ein Zabelschrei würde durch das ganze deutsche Volk gehen (Lebh. Zustimmung links), wenn Herr von Schöntemer sich ganz seinen privaten Geschäften widmete. Durch die Erlasse des Eisenbahnministers und des Ministers des Innern ist ja zugestanden worden, daß nicht alles vollkommen geklappt hat; schließlich aber ist, daß auch jetzt nach 2½ Jahren noch nicht alles klappt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dieser langsame Gang bei einer Frage, wo es um das Leben und die Existenz des Volkes geht, zeigt, daß Widerstände zu überwinden sind, die auch jetzt noch nicht überwunden sind. In dieser Zeit bringt man in Preußen das Fideikommissgesetz ein. So geht man über die Not des Volkes hinweg. (Sehr wahr! links.) Vielleicht meint man aber auch, daß man auch in Preußen ein Parlament mit einem so weit reichenden Verständnis für den fideikommissarischen Besitz nie wieder bekommen wird. Wir werden uns mit dieser Angelegenheit noch ausführlicher beschäftigen. Es kann nicht angehen, daß alles, was den Herren unangenehm ist, als nicht vereinbar mit dem Burgfrieden hingestellt wird. Was man bei uns Burgfrieden nennt, ist nichts anderes als Angst vor einer kleinen aber mächtigen Partei. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ein gutes, deutsches Sprichwort sagt, mehr Angst als Vaterlandsliebe. Auch der Regierung kann ich den Vorwurf nicht ersparen, daß sie die große Angst befundet, wenn sie unter allerlei burgfriedlichen Vorwänden mit längst notwendig gewordenen Reformen zurückhält. Der Reichszentralrat hat heute Löne angehängt, denen wir uns freuen. Das Wort Neuorientierung kennt er nicht. Er hat auch eine Parallele gezogen mit der Enttäuschung des Volkes nach 1818 und dem was jetzt kommen muß. Ich frage mich, daß der Reichszentralrat sich vollkommen im klaren darüber zu sein scheint, daß die neue Zeit in einem erneuerten Volk bereits da ist. Er zitierte das Dichtermot, daß Deutschland armer Sohn auch sein treuester war. Es ist das Wort eines sozialdemokratischen Dichters, des Dichters Pröger in Nürnberg, und ich frage mich seiner Anerkennung. Der Reichszentralrat hat auch ausgesprochen, daß es sich nicht um Belohnung handeln kann. Was die deutschen Arbeiter getan haben, haben sie nicht einer Belohnung wegen getan, sondern weil sie es als Pflicht erkannten. Aber jetzt muß es auch heißen:

Gleiche Pflichten, gleiche Rechte.

Ich habe noch nie gehört, daß es heißt: Preußen erster Klasse in den ersten Schützengaben, Preußen zweiter Klasse in den zweiten, und Preußen dritter Klasse in die bombensicheren Unterstände. In gleicher Weise sollen sie alle draussen ihre Pflicht erfüllen, aber gleich müssen auch die Rechte sein. Ist es nicht geradezu ein Skandal, was wir beim preussischen Wählerrecht erleben. (Lebhafte Zustimmung links!) Da heißt es: „Best nichts, und später nichts Rechtes“. Jetzt ein Dreiklassenwählerrecht wegen des Burgfriedens und später einmal ein vier-, fünf-, sechsfach abgestuftes Pluralwahlrecht. Ich bin neugierig zu erfahren, in welche Schachtel dieses Wahlrechts die zurückzulegenden Felderchen einbeschrieben werden sollen. Die da draussen können nicht die Feinde sein, als die wir sie feiern, sie wären vielmehr jämmerliche Schwächlinge, wenn sie von dem Recht, das sie zu beanspruchen haben, das sie sich draussen erneut erkämpft haben, dahint nur einen Fingerbreit nehmen ließen. Geben Sie sich keinen Illusionen darüber hin: das gleiche Recht in Staat und Gemeinde kommt! Es fragt sich nur, wie es kommt, wen die herantretende Welle tragen, und wen sie hinwegschwemmen wird. Wer aber dann untergehen will, wird sein Schicksal verdienen haben. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) In diesem Zusammenhang rufe ich Ihnen auch zu:

Schaffen Sie endlich den Belagerungszustand ab.

Er müht nichts mehr, er schadet, denn er verdirbt Ihnen die Stimmung im Volk. Er kann nur nach jeder Richtung als Anheil für uns gelten. Ramentlich wirken seine Begleiter Zensur und Schuchhaft verbitternd. Hat denn die Zensur noch den geringsten Wert, wenn über die Dinge, die sie unterdrückt, im Reichstag in breiter Weise Bericht erstattet wird. Und nun gar die Schuchhaft und der Zwangswohnsitz! Wir haben vor einigen Tagen wieder allerlei an dem Eliaß gehört! Das Wenige hat schon große Erregung hervorgerufen, und doch war es nur ein sanftes Geisfel, verglichen mit dem furchtbaren Unwetter, das daherbrausen wird. Es ist unerhörte, wenn ein Kaplan von der Straße weg von einem Pfarrer verhaftet wird, weil er Fragen nur stotternd beantworten konnte. Es ist nicht erträglich, wenn eine Mutter mit aus ihrem Zwangswohnsitz schreibt, daß sie seit Jahr und Tag festgehalten wird, ohne zu wissen, warum, sie weiß nur, daß ihr Bruder im Kreise gefangen, ihr Sohn mit dem Eisernen Kreuz dekoriert worden ist. (Wört! hört!) Solche Gewaltmittel im Innern helfen uns zum Siege wahrhaftig nicht. Warum schlägt sich denn unser Volk so unvergleichlich? Die Gegner, die darin nichts sehen, als die Frucht des Militarismus, den sie bekämpfen wollen, bringen ihn damit eine unbedeutende Halbzigung dar. Warum trägt denn unser Volk die Leiden dahinter in so unvergleichlicher Weise? Die Gegner sagen, weil die Polizei und der Belagerungszustand jeden Widerstand unterdrückt. Wir wissen sehr gut, daß das unrichtig ist. Wären wirklich militärische Disziplin, Belagerungszustand und Polizei die Stützen, die das Ganze aufrechthalten, sie wären längst zusammengebrochen. Was uns hält und trägt ist die Einsicht unseres Volkes in die bitteren Notwendigkeiten der Zeit, es ist nicht Kadavergehörigkeit, es ist Staatsbürgerverstand. Und dieser Staatsbürgerverstand, der im Reich nach außen hin seine Freiheit sichert, wird auch im Innern zur Freiheit und Gleichberechtigung führen. Er wird nicht dulden, daß man die Reichsleute nach Schulzeugnissen, Lebensalter, Sinderzahl, Verantwortung, Steuerleistung und wie weit noch was alles klassifiziert. In dieser Zeit, die keine Furcht kennen darf, wünschen wir uns auch eine Regierung, die

den Mut hat zur befreienden Tat,

die der notwendigen Entwicklung die Bahn endlich öffnet, und zwar jetzt. Auf bloße Versprechungen können wir nichts geben und die Geschichte wird den Reichszentralrat nicht danach beurteilen, was er verspricht, sondern danach, ob er gehalten hat, Raum zu schaffen für die neue Zeit, deren kommen wir jetzt alle fühlen. Die neue Zeit muß kommen, denn woju wäre all das Blut geflossen, hätte es uns nicht zu einem neuen großen Fortschritt der Menschheit. Sonst wäre das Ende von alledem nur hundert Jahre. Gienb, Verzweiflung innere Wirren, trostloser Verfall. Ich glaube an die Zukunft unseres Volkes und daß man auch von ihm wird sagen können: „Jenen ward der gewaltige Wille und die unerschütterliche Kraft.“ Und leiner von uns sollte weils sein wollen, als ein Stiel dieses Volkes. Keiner sollte eine andere Aufgabe kennen als die: Mit unserem Volke den harten Weg zu gehen durch Not und Tod: Vorwärts und aufwärts. (Lebhafte anhaltender Beifall.)

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

Ich habe nicht die Absicht, auf Einzelheiten einzugehen, aber die persönlichen Angriffe auf den preussischen Landwirtschaftsminister veranlassen mich, entschiedene Verwahrung dagegen einzulegen.

Abg. Dr. Niemer (Rp.):

Der 12. Dezember ist auch ein historischer Tag. Auch in den Schützengräben hat unser Friedensangebot Widerhall gefunden.

Ausbau der direkten Reichsteuern:

am besten Einführung einer Reichsvermögenssteuer. Leider zeigen die Bundesstaaten wenig Neigung, diesen Weg zu ebnen; auf diesem Gebiete hat das Reich nach einem alten Worte 26 Feinde, das sind die Bundesstaaten.

Abg. Graf Westarp (f.):

erörtert zunächst Einzelfragen des Etats. Dem Schatzsekretär können wir nur zustimmen, wenn er sagt, wir müssen danach streben, Entschädigungen von unseren Feinden beim Friedensschluss zu verlangen.

Rechtsbedürfnis des Reichstags

migzuspielen, der auf seinen Beschluß von 1913 verweist. Er sollte aber auch die Rechte Preußens wahren, und zu diesen gehört nach dem Einführungsbesetz zum Württembergischen Gesetz auch die Regelung der Fideikommissfrage.

tiefgehende Unterschiede zwischen dem Deutschen Volk und anderen Völkern, und wir sollten bewußt unsere deutsche Eigenart hegen und pflegen.

neue Entschädigungen

beanspruchen, umso mehr, als der Vernichtwille Englands und des ihm zur Seite getretenen Amerikas offenbar geworden ist.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

68. Sitzung, Dienstag, den 27. Februar 1917, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Troll zu Solz.

Die Debatte zum Kultusetat wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Kaufmann (Z.) ist bereit, die weltliche Fortbildungsschule zu unterstützen, aber nur unter der Bedingung, daß der notwendige Unterrichtgegenstand, die Religion, in den Vordergrund tritt.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz. Arb.):

Die Einführung des Religionsunterrichts in den Lehrplan der Fortbildungsschule verdrängt sich nicht mit der Verfassung. Die „religiösen Werten“ des Krieges sind geshüttelt an den Talsachen.

Durch den Krieg wird auch der Kultusetat finanziell belastet. Es ist deshalb notwendig zu prüfen, wo Ersparnisse gemacht werden können.

Austritt aus der Landeskirche

wird vielfach als Verbrechen, als Aufsehung gegen die Obrigkeit angesehen und mit Dienstentlassung bestraft. Man betrachtet die Kirche als Institution, um jede feilliche Regierung zu unterstützen.

Stenographen Dr. Krause: Es ist nicht zulässig, von einem schamlosen U-Boot-Krieg zu sprechen.

Abg. Ad. Hoffmann (fortfahrend):

Ich bin darüber anderer Meinung. Aber ich muß diese Meinung unterdrücken. Keine Notwehr entschuldigt es, Wahrelose zu töten oder Gefangene umzubringen.

Abg. Dr. v. Campe (nail.):

Der Abg. Hoffmann hat uns hier eine Vorlesung gehalten, die ihm wahrscheinlich ein anderer ausgearbeitet hat.

Abg. Haenisch (Soz.):

Zunächst will ich mich kurz mit der Kontraverse beschäftigen, die Adolf Hoffmann mit Dederoth und Kaufmann über die Frage Krieg und Christentum gehabt hat.

Die wir von der Meisten sonst durchaus nicht gewohnt sind, über den Islam ausgesprochen hatte.

Richtstrafen im deutschen Heere,

Juden und Dissidenten, haben im Kriege ihre volle Pflicht getan und ich hoffe, daß Herr Dederoth seine Toleranz auch auf diese ausdehnen wird.

Ich erkenne auch meinerseits gern an, daß etwas Großes und Wunderbares in der ganz ungewöhnlich starken geistigen Bewegung liegt, die unter dem Einfluß dieses Krieges überall in Deutschland zu spüren ist.

Klassencharakter unseres Bildungswesens

überhaupt. Wer von uns ahnt, wie viele Begabungen noch ungenutzt im Volke schlummern mögen? Welches Verbrechen eine Nation an sich selbst begeht, die nicht alle in ihr schlummernden Kräfte entwickelt, darauf haben wir mehr als 100 Jahre schon Erfahrung und Rüge hingeworfen.

Hiermit schließt die allgemeine Besprechung. Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Ad. Hoffmann (Soz. Arb.) und Dr. v. Campe (nail.) wird die weitere Beratung auf Mittwoch 12 Uhr verlegt. Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Parteien des Reichstags. Nach dem neuesten Verzeichnis, das vom Bureau des Reichstags ausgeben wird, steht an der Spitze der Parteien das Zentrum mit 91 Mitgliedern.

Organisation des Eisenbahnwesens.

In der heutigen Sitzung des Staatshaushaltsausschusses des Abgeordnetenhauses erklärte der Minister der öffentlichen Arbeiten, daß er sich durch das gewaltige Anschwellen der Eisenbahnarbeiten der einzelnen Eisenbahnabteilungen genötigt gesehen habe, die bisherige Verkehrs- und Betriebsabteilung zu trennen und eine besondere Abteilung für den Eisenbahnbetrieb zu bilden.

Preussisches Herrenhaus. Die nächste Sitzung des Herrenhauses ist für Freitag, den 9. März, nachmittags 2 Uhr, anberaumt. Auf der Tagesordnung steht u. a. das Diätengesetz.

Soziales.

Gehirnschwulst als Folge eines Betriebsunfalles.

Ein Fall, der fast bis in die kleinsten Einzelheiten dem im „Vorwärts“ vom 30. November 1916 unter Soziales gezeichneten Falle gleicht, ist jetzt vom RGA. entschieden. Am 28. Oktober 1909 erlitt der Automatenmacher W. dadurch einen Betriebsunfall, daß ihm, als er sich in gebückter Stellung befand, ein circa 6 Pf. schweres Stück Eisen auf den Kopf fiel. Es entstand eine blutende Wunde, Bewußtseinsstörung trat ein und nach und nach immer mehr steigende Kopfschmerzen und Schwindelgefühl. Am 3. August 1913 verstarb W. Die Ansprüche der Hinterbliebenen auf Entschädigung wurden von der Berufsgenossenschaft abgelehnt, weil das zum Tode führende Leiden — Gehirnschwulst — nicht durch den Unfall entstanden sei. Der Unfall sei nur ein leichter gewesen, denn W. sei, als er verbunden war, allein zu Fuß nach Hause gegangen und habe auch am nächsten Tage die Arbeit fortgesetzt. Auch das Oberverwaltungsamt Berlin wies den Hinterbliebenenanspruch zurück. Das Reichsverwaltungsamt vernahm eine Anzahl namhafter gemachter Zeugen über den Gesundheitszustand des W. vor seiner Verletzung, als auch über die Beobachtungen, die sie an W. nach der Verletzung gemacht haben, und holte dann vom Geh. Medizinalrat Prof. Dr. D. ein Gutachten ein. Dieser stellt die drei Bedingungen, die an die Entstehung eines Glioms durch einen Unfall zu stellen seien, erfüllt. Eine, wenn auch nicht schwere, Gehirnerschütterung habe bestanden, die Geschwulst sei an der Stelle des Gegenstoßes entstanden, und dann auch seien die Zeichen der Geschwulst einige Monate nach dem Unfall deutlich zutage getreten. Dabingestellt konnte bleiben, ob vor dem Unfall bereits eine Geschwulst oder eine Geschwulstanlage bestanden habe. Mit überwiegender Wahrscheinlichkeit sei vielmehr anzunehmen, daß der Tod des W. mit dem im Oktober 1909 erlittenen Betriebsunfall ursächlich zusammenhänge.

Petition um Erhöhung des pfändungsfreien Einkommens.

Vom Verbands der Bureauangestellten ist dem Reichstag das Gesuch unterbreitet worden, veranlassen zu wollen, daß die Pfändungsgrenze bei Arbeitseinkommen von 2000 M. auf 3000 M. erhöht wird.

Begründend wird dazu gesagt, seit der Bundesratsverordnung, durch die das pfändungsfreie Einkommen auf 2000 M. festgelegt worden sei, sei eine wesentliche Verteuerung des gesamten Lebensunterhalts erfolgt. Sie betragen anerkanntermaßen reichlich 100 Proz. Sollte bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen dem Schuldner nur dasjenige Maß wirtschaftlichen Schutzes zu teil werden, das bereits bei der Schaffung des § 851 Z. 1. A. D. aus sozialen und humanitären Gründen als notwendig anerkannt worden sei, dann müßte die Pfändungsgrenze um das Doppelte erhöht und auf 3000 M. festgelegt werden. Die Petition ist Wort für Wort zu unterschreiben.

Mütterfürsorge in Leipzig.

Von der größten Bedeutung für die Wirkksamkeit der Hilfe für Mutter und Kind ist die Fürsorge, die man der Mutter schon vor der Geburt des Kindes angedeihen läßt. Auch die unbedeutendste Frau, die ein Kind erwartet, sollte jederzeit in der Lage sein, ärztlichen Rat einzuholen, und ihr Körper bedarf in dieser Zeit besonders guter und kräftiger Ernährung. So bilden Beratung und Verabreichung von Nährmitteln zwei wichtige Maßregeln, die für die werdenden Mütter und kommenden Kinder von größter Bedeutung sind. Im letzten Heft der „Zeitschr. für Säuglingspflege“ berichtet der Leipziger Stadtrat Dr. Koehler über eine Fürsorge, die die Stadt Leipzig im Rahmen des städtischen Säuglingsgesetzes seit September 1915 für die im letzten Drittel der Schwangerschaft stehenden Frauen und Mädchen eingerichtet hat und die zunächst vorläufigweise die Größe des Bedürfnisses feststellen sollte. Trotzdem jede öffentliche Bekanntmachung unterlassen wurde, steigerte sich die Frequenz der Schwangeren in den Mutterberatungsstellen, denen diese neue Arbeit übertragen worden war, immer mehr, so daß die für 1916 bewilligten Mittel von 15 000 M. schon nach einem halben Jahre verbraucht waren, worauf ohne weiteres für das zweite Halbjahr 20 000 M. nachbewilligt wurden. Die Leistung an die Schwangeren besteht nach Feststellung der wirtschaftlichen Verhältnisse und ärztlicher Untersuchung in Ernährungsbeiträgen in der Höhe von 2 Mark wöchentlich. Wurde zuerst hauptsächlich, später zur Hälfte bares Geld gegeben, so sollen neuerdings nach Möglichkeit Nährmittel und nur, soweit solche nicht zur Verfügung stehen, Geld gegeben werden. Mit Recht weist Stadtrat Koehler darauf hin, daß unbedeutend eine verlässliche Fürsorge für das neugeborene Kind und für die werdende Mutter von außerordentlichen Werten für die Kräftigung des Volkswuchses ist.

Aus aller Welt.

Ein Invalidenzug verunglückt.

Aus Stockholm wird gemeldet: Der nördlich gehende Invalidenzug lief Montagabend bei Holmsveden nahe Söderhamn auf ein Nebengleis und rannte gegen die Wand eines Gebäudes. Die vier Wagen hinter der Lokomotive wurden völlig zerstört. In diesen Wagen befanden sich 65 Invaliden. Bis 1 Uhr 30 Min. vormittags wurden fünf getötete Invaliden und etwa zwanzig Verwundete aus den Trümmern herbeigezogen. Man glaubt, daß eine gleiche Anzahl noch unter den Trümmern begraben liegt. Eine schwedische Krankenpflegerin ist leicht verletzt. Mit dem Zug fuhrten 228 Invaliden, zwei Offiziere und fünf Pflegerinnen. Als Ursache des Unglücks wird falsche Weichenstellung angegeben.

Ein Eisenbahnunglück ereignete sich bei Serpenich an der luxemburgisch-belgischen Grenze durch Zusammenstoß eines Personenzuges und des Schnellzuges Luxemburg-Brüssel. Es gab eine Anzahl Toter und Verwundeter.

Ein geheimnisvoller Leichenfund, der wahrscheinlich mit einem Verbrechen in Verbindung steht, ist in der Nähe von Rathenow gemacht worden. Im Walde, in der Nähe des Friedhofes bei Reue Schenke, hat man die Leiche einer weiblichen Person aufgefunden, die als eine Frau Marie Paasche aus Rathenow festgestellt wurde. Frau Paasche hatte sich mit ihrem Manne, der einberufen ist und auf Urlaub nach Hause gekommen war, nach dem nahen Stedelsdorf begeben, wo ihre Eltern wohnen. Sie wollte sich von dort Kartoffeln holen. Von diesem Wege ist die Frau nicht zurückgekehrt. Bekannten gegenüber hat der Ehemann, der allein in die Wohnung zu Rathenow zurückkehrte, falsche Angaben gemacht. Bei der Öffnung der Leiche wurde festgestellt, daß der Frau ein Stängel in den Mund gepreßt worden war, wodurch allem Anschein nach der Erstickenstod herbeigeführt wurde. In der Mundhöhle der Toten wurde noch ein solches Stängel vorgefunden. Die Polizeibehörde ist bemüht, Licht in die dunkle Angelegenheit zu bringen.

Todes-Anzeigen

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Metallarbeiterin

Anna Ewert
Uppelner Straße 17
am 18. Februar gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.
Den Kollegen jenseit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former

Rudolf Tillwicks
Deusselstr. 33
am 23. Februar gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
192/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Banenarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin.

Friedrich Pippow.
Die Beerdigung findet heute Mittwochs, nachmittags 4 Uhr, auf dem Dänischen Hof, Fürstendamm Weg statt.

Bezirk Neukölln.
Jerner fand am 25. Februar der Hilfsarbeiter

August Hillner.
Die Beerdigung findet heute Mittwochs, nachmittags 7 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof, Mariendorfer Weg, statt.

Bezirk Nordost.
Nachruf.
Jerner fand am 30. Februar unser Mitglied, der Hilfsarbeiter

Hermann Klotz.
Ehre ihrem Andenken!
144/11 Die örtliche Verwaltung.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin.

Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen

Joseph Plener
von der Berl. Straßenreinigung.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. März, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung bei der Beerdigung des Kollegen ersucht
25/19 Die Ortsverwaltung.

Nachruf zum Sterbetage

amiered lieben, einzigen Sohnes und Bruders, des Pianisten

Richard Roeder
geb. am 12. 2. 1893,
gest. am 28. 2. 1916.

Einiges Schweigen herrscht an Deinem Grabe, 1916
Wehmut im verlassenen Hause.
Und die Liebe steht in diesem
Nachruf über Schmerzen aus.
Ruhe sanft in fremder Erde!

Seine trauernden Eltern
und Schwester
am 28. Februar 1916.

Heines Werte
3 Bände 3 Mark
Buchhandlung Vorwärts



„Unsere Marine“
Zigarette
3 Pf.
einschliesslich Kriegsaufschlag

Trotz Steuererhöhung behalten unsere Zigaretten ihre alten anerkannten Qualitäten.

Georg A. Jasmatzi
Aktiengesellschaft

Gr. Berliner Pferdelotterie Gesamtw. der Gewinne Mark: 70 000 Erster Hauptgewinn Mark: 10 000	Naturschutz-Geldlotterie Erster Hauptgewinn Mark: 100 000 Zweiter Hauptgewinn Mark: 40 000
--	---

Ziehung am 6. u. 7. März / Ziehung am 9. u. 10. März

Lose zu M. 1.— Postgeb. u. Liste 35 Pf. außerdem. Lose zu M. 3. 80 Postgeb. u. Liste 25 Pf. außerdem.

10 Lose in feiner Banknotentasche M. 10. 10 Lose in feiner Banknotentasche M. 33.

Eine feine Banknotentasche mit 5 Berliner u. 3 Naturschutz-Losen M. 15.

Gustav Haase Nehtig (k. Schwarz) Berlin
Inh. NO 43, Neue Königstr. 86
SO 16, Neanderstr. 38

Telegramme: Schwarz, Berlin, Neue Königstr. 86

Nur noch einen Tag!

Monatsgarderobenhaus

H. Türkischer, Prinzenstraße 79, nahe Horitzplatz.
offert in großer Auswahl Jadedett-, Rodanzüge, Paletots, Hüter, teils auf Seite, von Kavaliereu kurze Zeit getragen (auch für korpusculare Figuren), zu billigen Preisen. Abteilung II. Erfah für Diah: Durch vortheilhaftem Ankauf eines erprobten Warenlagers offeriere ich elegante neue Jadedett-, Rod-, Smoking-Anzüge, Paletots, Hüter (auch großer Preissteigerung für nur 25-75 Mark.

Fesche Einzel-Modelle!

Reisende Frühjahrs-Modelle.
Solite Formen, beste Stoffe, eleganteste Einzel-Modelle erster Schneider
150,- 200,- 100,- 25,-
Gediegene Kostüme aus guten Stoffen (Friedensware)
90,- 100,- 60,- 25,-
Einfache Kostüme (gute Stoffe)
45,- 30,- 20,- 25,-

Reisegarnitur (Seldemäntel), ras. gesch., reisende Farbenstellungen, Lederstich, Glockenformen, Gummimäntel mit passender Kappe in allen Ausführungen
100,- 92,- 81,- 62,- 36,-

Einfache Seldemäntel sowie Gummimäntel, solide Formen
45,- 39,- 30,- 27,- 21,-

Keine große Auswahl

Pelzmäntel — Plüschmäntel — Ulster.

Kostbare Pelzmäntel.
Persianer, Fohlen, Seal-Skinn, Eleonora, reisende Formen, beste Felle, gediegene Kleeblattarbeit, 300,- 200,- 150,- 100,- 60,-
Phantasie-Pelzmäntel mit echten Pelzen 27,-

**Sealpelz, Seidenspelz, Astrachan, Mohrpelz, beste Fabrikat 250,- 200,- 150,- 100,-
Gediegene Ulster mit Felle, auch glatt, Glockenformen, 100,- 120,- 75,- 50,-
Einfache Ulster und Sportjackets 30,- 18,-**

**Felljackett (Ovarkot-) Mäntel 100,- 75,- 60,- 30,-
Loden-Pelzmäntel 2,- Mantelmäntel 15,-**

Einsegnungsmäntel.
Sonntags gefaltet 12-2 Uhr.

Westmann
Auswahlbedingungen nach alter- halb gegen Annahme.
I. Geschäfte: Mohrenstraße 7/a.
II. Geschäfte: Gr. Frankfurter Str. 115.

Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Cigarren, Zigaretten, Manabake Eggen F. Ernst Borch, Ebersstr. 21. Alkohole, Getränke Franz Abraham Eckh. Meissner u. Römerstr. 11. E. 21. Scheidestr. 1a, Fernsp. Kassenstr. 10 Wapp-Anstalten Neukölln Anzengruberstr. 12. Koppenstr. 55 Diana-Bad sämmtliche Bäder. National-Bad, Brunnenstr. 7. Passage-Bad Reform-Bad, Wismar Str. 25. Eckher u. Kordtstr. 10 Oskar Hanke's Brotback. 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins sowie in Neukölln u. Treptow gegründet 1892. F. Knechtel, Schützenstr. 11. G. Meier, Grödenweg 37.	Erscheint 2 mal wöchentlich. Otto Wolff, Treptow, Kröllstr. 10 Zachau, Gr. Lichterf. (Kasselerstr.) Bandagen, Gummis. R. Senke, Stralauer Str. 24. E. Kraus, Kottbusstr. 14. A. E. Lange, Brunnenstr. 45 Sattler, Eier, Käse Wilhelm Göbel 25 eigene Filialen. Gebrüder Manns 43 eigene Detailgeschäfte Schröter, R. 43 Verkaufsstellen Uhly & Wolfram	August Holtz 13 Detail-Geschäfte. Brauerei Bötlow empfehlen Qualitätsbiere eraten Rangens. C. Habels Brauerei hell - Malt - dunkel. Münchener Brauhaus Berlin und Oranienburg Trinkl Wanninger Bier! Weissbier, C. Breithaupt, Friedrichstr. 27. Tel. 505. 1912	Drogen und Farben Wander-Drogerie, Brühlstr. 12 Seifenfabriken Timmer-Essig überall erhältlich! Fleisch u. Würst. W. Beck Inh. Herm. Gorbach Charlottenburg, Berlinstr. 55-59 Fleisch- und Würstwarenfabrik Willy Gerike, Petersburgerstr. 1 Otto Kogel, Alte Jacobstr. 24 Herrn-u. Damenbad Eckher, 20, Ecke Prinzen-Allee Leske & Stuppek, Treptow-1857 Hosenthalstr. 2 Fahisch & Co. Eckhaus Linienstr. Kolonialwaren Adam Schmitz, Wilmersb. 11.	Eisen, Stahl, Wollen, Werts. Carl Jung, Stromstr. 21. Rühlmann, P. Mühlstr. 40b, 2. Stock Mohlfabrikanten Bethke, Georg, Kottbusstr. 44 Reckstr. 22, Kottbus-Str. Str. 44, Wassert. 135, Friedrichstr. 23 Treptow, Gröden-Str. 44. Gaede, Otto Charlottenburg, Wrangelstr. 7a. F. W. Sichter, Ecke Currystr. Nähmaschinen Bellmann, E., Gellnowstr. 30 Nähmaschinen Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen.	Unterstehende Geschäfte empfehlen sich B. Einkäuf. Witte, Hütten, Pelzwaren Voster, E. Kottbusstr. 14/15 Damm 14/15 Kurt, Wolf, Wolf, Tricotage Hermann Meyer, Schützenstr. 11. Photogr. Apparate M. Albrucht 30, Kottbusstr. 2. auch Gelegenheitsk. Gr.-Berl. Wein, Liköre, Prachtkaffee Euge Soling 60 Filialen in allen Stadtteilen Herm. Meyer & Co., Ges. ca. 550 Verkaufsstellen. Gr.-Berl. Meierei C. Bolle A.-G. Berlin N. W. 21 Alt. Neuhlt Berl. N. W. 21 Alt. Neuhlt Ältester und größter Milchwirtschaftlicher Grossbetrieb Optiker, Mechaniker Schubert, Carl, Neuhlt, Bergstr. 14 Schreibwaren O. Froehnow, Alt. Neuhlt, 14 Uhren u. Goldwaren Lehmann, Alt. Frankf. Allee 10 Verleihenungen „Deutschland“ Berlin Arbeiterversicherung — Schützen- Brauhausstr. 10, str. 2. Spandau Friedrichstr. 11, Treptow, 11.
--	---	--	--	--	--

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 26. Februar. Amtlicher Bericht vom 26. Februar.
Mazedonische Front: Schwache Artillerietätigkeit auf der gesamten Front. Spärliches Gewehr- und Maschinengewehrfeuer zwischen vorgehenden Abteilungen in der Gegend von Bitolia und Koglena. Lebhaftige Tätigkeit in der Luft im Tale des Bardar und an der Küste bei Orfano. Ein französisches Flugzeug wurde südlich von Gengheli im Luftkampf abgeschossen.

Rumänische Front: Bei Rahmudie Vorkostengeplänzel. Südlich von Tulcea versuchte ein russische Infanterieabteilung unter Führung von zwei Offizieren sich über den getrockneten Fluß unseren Posten zu nähern. Sie wurde aber durch Feuer gestreut. Ein Offizier wurde gefangen genommen.

Der türkische Rückzug an der Tigrisfront. Kampf auf der Sinaihalbinsel.

Konstantinopel, 26. Februar. Generalbericht vom 26. Februar: Unsere Operationen an der Tigrisfront vollziehen sich planmäßig.

An der Sinaifront griff feindliche Kavallerie in Verbindung mit einer Batterie und sechs Maschinengewehren eine unserer vorgehenden Kompagnien an. Nach dreistündigem Kampf wurde der Gegner zum Rückzug gezwungen.

Auf den anderen Fronten kein wichtiges Ereignis.

Englischer Generalbericht aus Mesopotamien. Am Sonnabend früh eroberten wir den Höhenzug, der sich über die Sandberge der Halbinsel Schumrah erstreckt. Der Feind ist in vollem Rückzug in der Richtung nach Bagdada westlich von Kut el Amara. Eine starke Abteilung Kavallerie und Infanterie war den ganzen Tag über in heftige Gefechte verwickelt und fügte dem Feinde schwere Verluste zu. Inzwischen setzten wir die Erfolge bei Sannaihat fort. Die ganze feindliche Stellung von Sannaihat bis Kut el Amara wurde genommen. Die Uebergänge von Kut (Kut Passing) fielen automatisch in unsere Hand. Der volle Umfang der türkischen Verluste ist noch nicht bekannt. Wir machten in zwei Tagen 1780 Gefangene.

Kut el Amara von den Engländern besetzt.

Amsterdam, 27. Februar. Eine hiesige Botschaft meldet, daß die englischen Truppen Kut el Amara besetzt haben.

Der Schweizer Bundesrat für das Getreidemonopol.

Bern, 27. Februar. („Frankf. Ztg.“) Der schweizerische Bundesrat hat sich in einer außerordentlichen Sitzung grundsätzlich für Einführung des Getreidemonopols ausgesprochen. Eine entsprechende Vorlage an die Bundesversammlung wird nächstens erscheinen.

Einigung der dänischen Reederei und Seeleute.

Kopenhagen, 27. Februar. Die gestern wieder aufgenommenen Verhandlungen zwischen den Reedern und Seeleuten führten zu einer Einigung bezüglich der ausländischen Fahrten außerhalb der Gefahrenzone. Für diese Fahrten erhalten die Seeleute eine besondere Serienzulage von 60 Proz. Die Vertreter der Seiger hatten jedoch keine Vollmacht, das Abkommen zu unterzeichnen. Sie wollen aber auf der heutigen Generalversammlung die Annahme des Abkommens empfehlen. Bezüglich der anderen Fahrten werden heute zwischen den Vertretern der Reederei und der Seeleute die Verhandlungen fortgesetzt.

Englische Mannschaft hindert die Ausfahrt.

Rotterdam, 27. Februar. Der englische Dampfer *Lozca*, der am 26. Februar in See gehen sollte, konnte nicht auslaufen, weil die eigene Mannschaft die Maschinen zum Teil zerstört hatte.

Vertagung der spanischen Cortes.

Madrid, 26. Februar. (Nachricht der Agence Havas.) Ministerpräsident Graf Romanones verlas im Parlament einen Erlaß, durch den die Sitzungen vertagt werden. Der Erlaß wurde von der Opposition mit Protestrufen aufgenommen.

Politische Uebersicht.

Abgeordnetenhaus.

In der allgemeinen Besprechung des Kultusgesetzes, die das Abgeordnetenhaus am Dienstag beendete, traten die Gegensätze zwischen den verschiedenen Weltanschauungen wieder deutlich in Erscheinung. Während der Abg. Dr. Kaufmann (S.) in der Durchdringung unseres Unterrichts, ja unseres gesamten Lebens mit Religion die wichtigste Aufgabe der Gegenwart erblickte, trat Adolf Hoffmann von der Sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft für die unbedingte Trennung von Schule und Kirche und von Kirche und Staat ein. Daß er dabei wieder einmal seinem bedrängten Herzen Luft machte und der offiziellen Sozialdemokratie einen Hieb versetzte, nehmen wir ihm nicht übel; das gehört nun einmal zu seinem ständigen Repertoire. Daß er ausgerechnet die Tribüne des Dreiklassenparlamentes zu seinen Ergüssen gegen die Sozialdemokratie auswählt, ist seine Sache. Wir wollen mit ihm darüber nicht streiten, da ja bekanntlich über den Geschmack nicht zu streiten ist. Genosse Haentisch, der später zu Worte kam, tat recht daran, ihm auf dies Gebiet nicht zu folgen; seine von echter Liebe zur Arbeiterklasse zeugenden, durchaus sachlich gehaltenen Ausführungen, in denen er in kurzen programmatischen Sätzen den Wünschen und Forderungen der Sozialdemokratie Ausdruck verlieh, wurden vom Hause mit gespanntester Aufmerksamkeit angehört. Auffällig war es, daß der Kultusminister zu keiner einzigen der vielen in der Debatte angeregten Fragen Stellung nahm. Am Mittwoch wird das Kapitel „Universitäten“ berührt.

Für den Kartoffelanbauzwang.

Aus Köln wird uns geschrieben: Die Kartoffelversorgung ist im laufenden Winter schlecht, aber weit schlimmeres steht uns für den nächsten Winter bevor, wenn nicht für einen genügenden Anbau von Kartoffeln gesorgt wird. Die Aussichten für den Kartoffelanbau sind sehr schlecht. Der Landkreis Aachen hat die Landwirte seines Kreises amtlich über ihre Anbau-

Englische Vorstöße zwischen Ypern und Somme.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 27. Februar 1917. (B. T. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Von zahlreichen Vorstößen der Engländer gegen unsere Front zwischen Ypern und der Somme gelangte nur einer in unsere Gräben. Der östlich von Arras eingebrungene Feind wurde durch Gegenstoß gemorart.

Das Artilleriefeuer erhob sich nur in wenigen Abschnitten über das gewöhnliche Maß.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei abnehmender Kälte war die Geschwindigkeit mehrfach lebhafter als in letzter Zeit.

Mazedonische Front

Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, den 27. Februar. Abends. An einzelnen Stellen der Westfront zeitweilig lebhaftere Gesechtstätigkeit; im Osten keine wesentlichen Ereignisse.

Der österreichische Bericht.

Wien, 27. Februar 1917. (B. T. S.) Amtlich wird verkündet:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Stellenweise etwas lebhaftere Gesechtstätigkeit.

Südwestlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Lage unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Hofer, Feldmarschalleutnant.

absichten befragen lassen. Die Antworten waren geradezu vernichtend. Aus fast allen Teilen der Rheinprovinz wird amtlich berichtet, daß ein starker Rückgang des Kartoffelanbaues zu befürchten sei. Diese beunruhigenden Tatsachen haben die Stadt Köln veranlaßt, in einem dringenden Hilferuf an das Kriegsberührungsamte und an das Kriegsamte den Anbauzwang für Kartoffeln zu verlangen. Die Landwirte sollen gezwungen werden, wenigstens soviel Kartoffeln wie im ersten Kriegswinter anzubauen. Der einmütige Beschluß der Kölner Stadtverordneten stützt sich nicht nur auf die Mitwirkung von anerkannt tüchtigen großen Landwirten, sondern auch auf landrätliche Verordnungen der Rheinprovinz. Haben doch infolge der ganz erschreckend schlechten Anbauverhältnisse schon mehrere rheinische Landkreise den Bauern zangsweise den Anbau bestimmter Flächen mit Kartoffeln auferlegt. Im Landkreise Erier ist die bezügliche Verordnung schon in der Durchführung begriffen. Man wird also den Mahnruf der rheinischen Hauptstadt an den Berliner Zentralstellen nicht als glatt unmöglich ablehnen können.

Was im Rheinland von Landräten und Landwirten für durchführbar gehalten wird, muß es im Osten ebenfalls sein. Gerade auf die östlichen Landesteile, die Provinzen Hannover, Sachsen, Pommern, Posen, West- und Ostpreußen kommt es aber in der so bedrohten Kartoffelversorgung an. Niemand denkt daran, den Landwirten einen Produktionszwang in dem Sinne aufzuerlegen, daß sie jetzt schon verpflichtet werden, im Herbst so und soviel Zentner Kartoffeln abzuliefern. Dem Wetter kann niemand gebieten. Wohl aber kann die mit Kartoffeln zu bebauende Anbaufläche vorgeschrieben werden. Der Anbauzwang mag für andere Bodenfrüchte noch unstritten sein, obwohl auch praktische erfahrene Landwirte ihn für die wichtigsten Erzeugnisse für möglich halten, bei der Kartoffel können keine entscheidenden Gründe für seine Ablehnung beigebracht werden.

Dahin gehört auch die Behauptung, die 5/6 Millionen landwirtschaftlichen Betriebe ließen sich nicht genügend kontrollieren. Als ob diese Betriebe nicht auch jetzt schon für die verschiedensten Erzeugnisse immer wieder kontrolliert werden. Richtiger und leichter ist es jedenfalls, im Frühjahr nachzuprüfen, ob der Landwirt so und so viele Morgen mit Kartoffeln bebaut hat, als nach der Ernte, wenn sich die Kartoffeln in Mieten und Keller verrotzen haben, den Zwang zur Ablieferung genügender Mengen durchzuführen. Immer vorausgesetzt, daß der Anbau nicht überhaupt unterblieben ist. Denkt man beispielsweise an die Schwierigkeit, die Ablieferung der Eier, der Butter und der Milch zu kontrollieren, so erscheint die Kontrolle der Anbaufläche fast als ein Kinderspiel.

Versicherung der Hilfsdienstpflichtigen.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht in seiner Dienstagnummer eine Verordnung über Versicherung der im vaterländischen Hilfsdienst Beschäftigten. Der Inhalt der 20 Paragraphen umfassenden Vorschrift entspricht im wesentlichen den Ergebnissen der Audisubkommission, über die wir seinerzeit berichteten. Nach § 1 der Verordnung unterliegt jeder, der eine Beschäftigung im Sinne des Hilfsdienstgesetzes ausübt, auch wenn er nicht nach § 1 dieses Gesetzes dienstpflichtig ist, den Vorschriften über die reichsgesetzliche Arbeiter- und Angestelltenversicherung, soweit die neue Verordnung selber nichts anderes bestimmt. Das gilt auch, wenn die Beschäftigung nicht auf Grund freiwilliger Meldung stattfindet. — Weiter ist noch hervorzuheben, daß für die Unfallversicherung und Angestelltenversicherung solche Tätigkeiten, die auf Grund des vaterländischen Hilfsdienstes im Ausland ausgeführt werden, der inländischen Tätigkeit gleichgestellt sind und daher diesen Versicherungszweigen unterliegen. — Der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung unterliegt von solchen Personen, die vorher keine die Versicherung begründende Beschäftigung ausgeübt haben, nur derjenige, der binnen zwei Monaten nach Befreiung der Verordnung bzw. nach Beginn seiner Beschäftigung von dem Arbeitgeber die Leistung von Beiträgen verlangt.

Flucht eines Staatsanwalts in die Öffentlichkeit.

Nichts Alltäglicheres dürfte es im Breiten sein, daß ein Staatsanwalt die Hilfe der Öffentlichkeit, nicht etwa zur Verfolgung eines einzelnen Verbrechens, sondern zur Bekämpfung eines öffentlichen Mißstandes zur Hilfe anruft. Der Erste Staatsanwalt von

Köln erläßt in der „Kölnischen Zeitung“ eine geharnischte Verurteilung gegen den Kriegswucher. Nachdem er die Gemeinlichkeits- und niedere Bestimmung der Kriegswucherer so deutlich gekennzeichnet hat, wie wir es kaum besser vermöchten, fährt er fort:

Daher muß dem Kriegswucher unbedingt Einhalt geboten werden, und die Strafverfolgungsbehörden lassen sich die Erreichung dieses Zieles nach Kräften angelegen sein. Aber sie können nur in denjenigen Fällen einschreiten, die ihnen bekannt werden, und das ist eine verhältnismäßig geringe Zahl. Pflicht der Allgemeinheit ist es deshalb, sie zu unterstützen und jeden Fall von Kriegswucher zu ihrer Kenntnis zu bringen. Demgemäß richte ich an alle ehrenhaften Einwohner des Landgerichtsbezirks die bringende Bitte, mir über den Verbleib derer, die in solchem Fall unverzüglich mitzuteilen. Niemand darf sich der solcher Mitteilung scheuen! Denn unwürdig ist nur die — namentlich anonyme — Denunziation, die lediglich der niederen Sucht, anderen zu schaden, entspringt, nicht aber diejenige wahrheitsgemäße Anzeige, die dazu beiträgt, das Vaterland vor noch größerem Schaden zu bewahren und zu verhüten, daß die schweren Leiden, die das deutsche Volk zu tragen hat, noch vermehrt werden. Jeder, der es unternimmt, die ihm bekannten Fälle von Kriegswucher zur Anzeige zu bringen, leistet dem Vaterland einen wertvollen Dienst. Die Behörde, die dem Kriegswucher die Handhabe dieses Mißstandes vorführt, schützt das Vaterland und damit in letzter Reihe auch sich selbst.

Die Aufforderung des Staatsanwalts können wir nur vollständig billigen. Aber leider muß auch gesagt werden, daß nicht überall von behördlicher Seite eine gleiche Bereitwilligkeit zum Einschreiten gezeigt worden ist, wie vom Kölner Staatsanwalt, — man denke nur an die bayerischen Klagschieber.

Der Adloniter Zusammenbruch.

Nachdem das Treiben der Ranzlerstürzer bei Adlon der Öffentlichkeit enthüllt ist, beiläufig alles, was auf politischen Aufhält, möglichst weit von den einladigen Dunkelkammern abzurücken. Die „Nationalliberale Korrespondenz“, das parteiamtliche Organ der Nationalliberalen Partei, bringt eine Erklärung, in der festgestellt wird, daß die Nationalliberale Partei keinerlei Beziehungen zu dem Grafen unterhält. Weder die als eingeladen Bezeichneten noch überhaupt nationalliberale Politiker haben an der Konferenz teilgenommen.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“, eines der langjährigsten Organe, haben vor Schreden fast die Sprache verloren und können nichts weiter feststellen, als daß nach der parlamentarischen Seite hin die Sache völlig geklärt sei. Graf Hoensbroech, erst Jesuit, dann Jesuitenbekämpfer, dann Mitglied der fortschrittlichen Volkspartei, dann während des Krieges aus dieser ausgetreten, steht nun recht einsam und verlassen da, selbst seine Gesinnungsfreunde halten es für kompromittierend, die Hand zu seinem Schutze zu erheben. Aber man sollte sich nicht zu sehr an diesem im Grunde bedeutungslosen Herrn reiben, sondern immer wieder daran erinnern, daß doch auch die Namen Kirckorf und Admiral Knorr auf der Einladung standen.

Graf Oppersdorf — Hospitant der Konservativen! Der frühere Zentrumsgesandte Graf Oppersdorf, der seinerzeit aus der Fraktion ausgeschieden ist und dann bei den letzten Wahlen gegen einen offiziellen Zentrumskandidaten mit polnischer Hilfe wieder gewählt wurde, hat sich nunmehr der konservativen Reichstagsfraktion als Hospitant angeschlossen. — Eine Entwidlung, die nicht gerade alltöglisch ist.

Letzte Nachrichten.

Seeherrschaft zwischen Themsemündung und belgischer Küste.

Amsterdam, 27. Februar. „Nieuws van den Dag“ erklart in dem Vorhof der deutschen Seestreitkräfte in die Themsemündung einen neuen Beweis dafür, daß die Meere zwischen der Themsemündung und der belgischen Küste noch nicht ganz von den Engländern beherrscht werden, trotzdem Carson das Marineportefeuille übernommen hat. Das Blatt hält dies für wichtig für die Zeit, daß die Fahrt zwischen England und den Niederlanden wieder einmal aufgenommen werden sollte.

Notlandung eines englischen Fliegers.

Blifflingen, 27. Februar. (Z. U.) Ein englischer Flugzeug mußte heute eine Notlandung bei Loßburg vornehmen. Der Flieger ist interniert worden.

Gesunken.

London, 27. Februar. (Z. U.) *London* meldet, daß die englische Dampfer *Sea Owl* und *Gracie* (4953 Tonnen) gesunken sind.

Eine Fischerflotte im Kanal versenkt.

Bern, 27. Februar. Der Berichterstatter des „Köln“, der mit Fischern des Kanals eine Unterredung hatte, teilt mit, vor einigen Tagen sei eine ganze Fischerflotte von einem deutschen U-Boot versenkt worden.

Seesperre und Seefischerei.

Bern, 27. Februar. „Zeit Journal“ meldet aus Jersey: Infolge des Steigens der Seeverversicherungen und den Gefahren des U-Boot-Krieges werden in diesem Jahr nur 14 französische Seefischschiffe zum Fischfang nach Neufundland fahren.

Französischer Minensucher gesunken.

Bern, 27. Februar. „Temps“ zufolge ist der Minensucher *Roella* bei einer Patrouillenfahrt auf eine Mine gestoßen und gesunken.

Die irische Frage.

London, 27. Februar. „Manchester Guardian“ vernimmt, daß eine Möglichkeit für die Regelung der irischen Frage besteht. Das Ersuchen der irischen Nationalisten, Somerville sofort einzuführen, wird am Mittwoch der kommenden Woche im Parlament zur Verhandlung kommen. Die Regierung hat zwei oder drei höhere Personen beauftragt, die allgemeinen Richtlinien festzulegen, die sie dem Parlament vorzulegen beabsichtigt. Lord George will bei der Debatte selbst das Wort ergreifen.

Hinrichtung.

Köln, 27. Januar. Die beiden Mörder des Kaufmanns Hoferskamp, der Fräulein Hahn und der Geschäftsführer Kiefer wurden heute auf dem Schießplatz Wahn durch Erschießen hingerichtet.

Gewerkschaftliches.

Aufhebung des Streikerlasses gegen den Eisenbahnerverband.

Der Vorstand des Eisenbahnerverbandes hat im Einvernehmen mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands den Eisenbahnverwaltungen folgende Erklärung abgegeben:

Der Deutsche Eisenbahnerverband gehört nicht zu den Organisationen, welche die Arbeitseinstellung zur Durchführung ihrer Forderungen in Anwendung bringen. Er hat, wie die vorstehende Erklärung ergibt, keine Einrichtung, die es ihm ermöglichen würde, bei Lohn- oder anderen Arbeitsstreitigkeiten das Kampfmittel der Arbeitseinstellung anzuwenden. Er kann zur Unterstützung eines Streiks weder von anderer Seite herangezogen werden, noch seinerseits Mittel aufwenden.

In dieser Erklärung sieht der preussische Eisenbahnminister den von ihm verlangten ausdrücklichen Streikverzicht. Nachdem der Vorstand die Erklärung den Verbandsführungen als Anhang beigegeben hat, hebt der Minister seinen Erlaß vom 24. Oktober 1916 auf. Er hat dem Vorstand des Eisenbahnerverbandes hierüber Mitteilung gemacht mit dem Einzufragen, daß die Aufhebung des Erlasses erfolge in dem Vertrauen und in der Voraussetzung, daß das künftige Verhalten des Verbandes mit der abgegebenen Erklärung jederzeit in Einklang stehen und das gute Einvernehmen zwischen der Eisenbahnverwaltung und dem ihr unterstellten Personal durch den Verband nicht gestört werden wird.

Der Erlaß ist aufgehoben, die Schranken sind beseitigt, den Handwerkern, Arbeitern und sonstigen Bediensteten der preussischen Staatseisenbahnen und der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen ist der Beitritt zum Deutschen Eisenbahnerverband gestattet. Es ist zu erwarten, daß nun auch die sächsischen und die übrigen bundesstaatlichen Eisenbahnverwaltungen, soweit sie bisher ihrem Personal den Beitritt zum Deutschen Eisenbahnerverband nicht erlaubt haben, dem Beispiel des preussischen Eisenbahnministers folgen werden.

Damit wäre endlich den Eisenbahnern die Möglichkeit gegeben, sich offen zur freien Gewerkschaft zu bekennen. Das hätte längst geschehen können. Was der Vorstand des Eisenbahnerverbandes jetzt erklärte, hat er schon bei der Verbandsgründung zum Ausdruck gebracht. Daß der Verband den Streik zur Durchführung seiner Forderungen nicht anwenden kann, geht aus seiner Satzung hervor; ebenso wenig kann er zur Unterstützung anderer Streiks Mittel aufwenden, das ergibt sich ohne weiteres aus seinen niedrigen Beiträgen. Wogegen der Verband sich beharrlich und mit vollem Recht weigerte, war: sich die Fassung seiner Satzungen vorschreiben zu lassen und den ausdrücklichen Streikverzicht in die Satzungen aufzunehmen. Daß der preussische Eisenbahnminister und Chef der Reichseisenbahnen in diesem Streik endlich nachgegeben hat, ist erfreulich, um so mehr, als verschiedene andere Staatsbahnverwaltungen ein solches Ansinnen an den Verband nicht gestellt haben.

Deutsches Reich.

Kriegsstatistisches vom Buchdruckerverband.

Wie sehr die Kriegszeit die Reihen der gewerkschaftlichen Kämpfer lichtet, ist aus einem Duzend statistischen Erhebungen des Buchdruckerverbandes ersichtlich, die sich auf die Zeit vom Beginn des Krieges bis zum Jahresabschluss 1916 erstrecken. Durch Austritt, Ausschluß, Invalidität, Tod und Einberufungen zum Heeresdienst hat der Verband über 50 000 Mitglieder eingebüßt. Am Ende des 2. Quartals 1914 wurden 70 452 Mitglieder gezählt, am 31. Dezember 1916 nur noch 28 807. Gefallen, an Verwundung oder Krankheit verstorben sind 4927 Mitglieder. Trotz der stark verminderten Arbeitslosigkeit wurden in der angegebenen Zeit aus der Verbandskasse und den Casussen noch über 3 1/2 Millionen Mark für Arbeitslosenunterstützung verausgabt. Erfreulich ist die große finanzielle Aufwendung für Familienunterstützung, die bis Ende des vorigen Jahres die Summe von rund 1 894 000 M. betrug. Besondere Anerkennung verdienen hierbei die Berliner Verbandsangehörigen, denn mit 457 640 M. Familienunterstützung haben sie 24,2 Proz. der ausgezahlten Summe aufgebracht. Seit Ende Juni v. J. hat eine Zunahme der zu anderen Berufen übergetretenen stattgefunden, was auf die wenig erhebenden Erfahrungen mit den Feuerungszulagen zurückgeführt wird.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnvereinbarung in der Herrenmähnschneiderei.

Am Montag nahm eine Versammlung der Berliner Herrenmähnschneider Stellung zu den Vereinbarungen, die zwischen den Vertretern der beiderseitigen Organisationen unter dem Vorsitz der Unparteiischen am 16. und 17. Februar in Rirnbard zustande gekommen sind. Der Wortlaut der Vereinbarungen hatten wir am 20. Februar veröffentlicht. Sie gehen in der Hauptsache dahin, daß vom 1. März ab ein Zuschlag von 25 Proz. auf die verdienten Löhne gewährt wird, die im ganzen Reich bestehenden Tarife verlängert werden und nur als Ganzes unter Einhaltung einer dreimonatlichen Frist geändert werden können.

Der Referent Kunze empfahl namens der Vertrauensmänner und der Verbandsleitung die Annahme der Vereinbarungen. Er betonte unter anderem, daß es sich nicht um eine Feuerungszulage, sondern um eine Lohnzulage handelt, die solange in Kraft bleibt wie der Tarif selbst, und daß sie nicht nur auf die Grundpositionen des Tarifs, sondern auch auf die Extraarbeiten zu gewähren ist. Die Herrenmähnschneider erhalten also 25 Prozent Zuschlag auf ihren gesamten Verdienst. Damit ist ein Streitpunkt aus der Welt geschafft, der oft zu Differenzen mit den Unternehmern führte, die bei Zuschlägen die Extraarbeiten nicht berücksichtigen wollten.

In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß eine Lohnerhöhung von 25 Proz. nicht hinreicht, um die erhöhten Kosten des Lebensunterhalts auszugleichen. — Das hätte auch Kunze in seinem Referat anerkannt. Im Schlußwort betriebe er nochmals darauf und bemerkte, das Verlangen nach einer höheren Zulage sei vollkommen berechtigt, aber nach Lage der Verhältnisse konnte nicht mehr erreicht werden. Das Erreichte sei immerhin ein beachtenswerter Erfolg, der der Kraft der Organisation zu danken sei. Könnten sich die Herrenmähnschneider nicht auf eine starke Organisation stützen, dann würden sie diesen Erfolg nicht gehabt haben. Deshalb müßten die Kollegen von diesem Gesichtspunkt aus für eine weitere Stärkung ihrer Organisation agitieren und sich so die Voraussetzung für weitere Fortschritte in der Zukunft schaffen.

Mit 304 gegen 5 Stimmen erklärte sich die Versammlung mit den Vereinbarungen einverstanden, die dadurch — wie der Referent konstatierte — für Berlin angenommen sind. Sie sollen auch bei den nicht dem Unternehmerverband angehörenden Unternehmern durchgeführt werden. Ferner beschloß die Versammlung auf Antrag der Ortsverwaltung, daß Vergünstigungen (Doppeltarife), die die Firmen bisher nicht hatten, auch in Zukunft nicht eingeführt werden sollen.

Aus der Partei.

Die Schicksalsstunde der Partei.

Eine Konferenz der Vorstandsmitglieder und Stilleleiter des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Hochum-Gelsenkirchen, die von 54 Genossen aus den Parteiortern besucht war, nahm mit 30 gegen 24 Stimmen eine Resolution an, durch welche sich die Vertrauensmännerkonferenz mit dem Beschluß des Parteivorstandes und dem Aufruf des Parteivorstandes einverstanden erklärt. Sie begrüßt es, daß der seit Jahresfrist sich immer mehr breitmachenden Anarchie innerhalb der Partei Einhalt geboten wird. Weiter spricht die Resolution aus, daß jeder, der sich an Sonderkonferenzen der Opposition beteiligt, für deren Beschlüsse nicht oder sich mit ihnen solidarisch erklärt, nicht mehr Mitglied der Partei sein kann.

Eine Kreiskonferenz für den Wahlkreis Wangleben (bei Magdeburg) billigte mit 51 gegen 7 Stimmen das Behalten der Fraktionsmehrheit sowie die Beschlüsse des Parteivorstandes. Sie erklärt, mit größter Entschiedenheit für die Wahrung der einheitlichen sozialdemokratischen Front in allen Orten des Kreises eintreten zu wollen. Der Bestrebungen fördert, welche die Einheit zerstören, stellt sich außerhalb der Partei.

Eine gemeinsame Konferenz der Wahlkreise Salzwedel-Gardelegen und Stendal-Osterburg stellte sich auf den Boden der Mehrheit und brachte zum Ausdruck, daß Parteimitglieder, die sich mit der Reichskonferenz der oppositionellen Gruppen und deren Beschlüssen solidarisch erklären, dadurch ihren Austritt aus der sozialdemokratischen Partei erklären und als ausgefallen behandelt werden müssen.

Auf der am Sonntag, den 25. d. M., in Dörrach stattgefundenen Konferenz des 4. holländischen Reichstagswahlkreises wurde mit offen gegen eine Stimme die folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung hat die jetzigen Vorgänge in der Partei eingehend besprochen und bedauert die Rottstimmungen vom Parteitag. Sie erwartet von den Mitgliedern des vierten Wahlkreises, daß sie solchen Tendenzen keinen Vorstoß leisten, da die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterschaft darunter nur Schaden leiden würden. Sie hält diese Trennungen auch nicht vereinbar mit den Grundätzen der Demokratie, wonach sich die Minorität der Mehrheit unterzuordnen hat.

Der sozialdemokratische Verein Nordhausen stellte sich nach ausgedehnter Diskussion nach zwei Versammlungsabenden auf den Boden der Opposition und protestierte gegen das Vorgehen des Parteivorstandes und Parteivorstandes.

Abgeblüht.

Auf seinen Aufruf an die bayerischen Genossen der Richtung Braun, nach dem Vorbild der Arbeitergemeinschaft die Parteieinheit auch in Bayern zu sprengen, erhält Ledebour in der „Frankfurter Tagespost“ eine scharfe Abfage. Aus der offenbar von Adolf Braun selber geschriebenen Erwiderung zitieren wir nur einen Satz:

Unsere Stellung in der Partei wird nicht bestimmt durch die Beurteilung des Genossen Ledebour. Die Aktion der Arbeitergemeinschaft ist die konsequente und ununterbrochene Aufgabe von Positionen, ihr organisatorisches Angehörigkeit in der Vergangenheit verspricht rein gar nichts für die Zukunft.

Im weiteren wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß die bayerischen Parteigenossen nach wie vor alles daransetzen werden, die Zerstückelung der Partei in Bayern anzuhalten.

Auer als Prophet. Die Parteioption hat zwar stets behauptet, daß es sich in ihrem Kampfe um die Institutionen und Organe der Partei um ein Ausfragen großer sachlicher Gegensätze handeln würde, in Wirklichkeit aber hat sie diesen Kampf mit den niedrigsten Mitteln als eine Kampagne zur Herabsetzung der im leitenden Stellung kämpfenden Genossen geführt. Diese Verunglimpfungen haben sich noch gesteigert, seit sich die Opposition als selbständige Partei konstituiert hat. Einen Gipfel hat diese niedrige Kampfweise in einer Notiz „Ignaz Auer als Prophet“ in Nr. 46 der „Leipziger Volkszeitung“ erreicht, in der folgender Satz gegen den Parteivorstand entfallen ist:

Wir fürchten, die Diktatoren und Staatsstreicher werden vorher (vor dem nächsten Parteitag, Red. d. V.) die Parteikasse geleert und sich außerhalb der Partei gesellhaft haben, wenn auch nicht gerade nach China.

In welcher trostlosen geistigen Verfassung muß die Leitung des Leipziger Zentralorgans der A.-G. sein, wenn sie ihre Leser mit solchen abtönen Einfällen amüßigen zu können glaubt.

Aber damit nicht genug, die „Leipz. Volksztg.“ tut auch noch so, als ob der prophetische Auer ihr geistiger Nährvater wäre, weil er sich bei Beratung des Organisationsstatus einmal mit diesem Witz darüber lustig gemacht hat, daß ein Parteivorstand gegen den Willen der Parteimehrheit eine diktatorische Politik treiben könne. Auer ist nun halb zehn Jahre tot und kann sich nicht mehr gegen den schändlichen Mißbrauch wehren, den das Leipziger Blatt mit seinem Namen treibt. Wer aber vom Geiste Auers auch nur ein wenig in sich spürt, der wird nicht zu behaupten wagen, daß der lebende Auer in den bitteren Parteikämpfen dieser Kriegszeit auf Seiten der Arbeitergemeinschaft stehen würde. Oder will die Leipzigerin im Ernste bestreiten, daß Auers Lebenswerk heute von den Gerisch, Fischer, Pfannkuch und Wollenbushr verteidigt wird, um nur die noch lebenden Auren zu nennen, die so lange mit ihm in der Zeitung der Partei saßen?

Branting, der Ententefreund.

Aus Stockholm wird der „N. A.“ geschrieben: Die Lage innerhalb der schwedischen Partei wird immer komplizierter. Zu der von den Jungdemokraten hervorgerufenen Spaltung nach links kann unter Umständen auch eine solche nach rechts entstehen. Die Ententefreundlichkeit Brantings verleitet diesen Parteiführer manchmal zu Ausschreitungen gegen andersgesinnte Parteimitglieder, die auch auf die Einheit der Mehrheit sehr schädigend wirken. Zu dem durch ihn veranlaßten Ausschluß der drei Genossen Professor Steffen, Dr. Inybe Larsson und Aktuar Järte gefellte sich auf dem Parteitag ein von Branting eingeleiteter Angriff gegen die schwedischen Teilnehmer an der skandinavischen Parlamentarierreise nach Deutschland und Belgien. Die Angegriffenen, Lindblad (früherer Chefredakteur der „N. A.“) und Rils Persson (Führer der schwedischen Arbeiterverbände) wandten sich scharf gegen die Behauptungen Brantings und unterließen nicht, auf die von ihm selbst gezeigte unneutrale Haltung hinzuweisen, die er bei seiner Fronteireise in Frankreich für angebracht hielt.

In den letzten Tagen soll indessen ein neuer Zwischenfall vorgekommen sein, worüber der in Kalmar erscheinende „Svanetidningen“ aus Stockholm zu melden weiß: „Der Abgeordnete Christiernsson soll von Herrn Branting in Gegenwart von neun Vorstandsmitgliedern aufgefordert worden sein, ein Papier zu unterschreiben, das ihn verpflichtet, weder in noch außerhalb des Reichstages in verleidigungsfreundlicher Richtung sich zu betätigen, und von seinem Schimpflichen für Deutschland abzulassen.“

Der Christiernsson die Unterschrift verweigerte, wurde er von Branting als nicht länger der sozialdemokratischen Partei angehörend erklärt. Zu dieser, von genanntem bürgerlichen Blatte verbreiteten, von anderer Seite noch nicht bestätigten Meldung kann hinzugefügt werden, daß Christiernsson eines der hervorragendsten und tüchtigsten Mitglieder der schwedischen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist, und daß die ganze organisierte Arbeiterschaft der Stadt Gelsingborg, wo er das Parteiorgan „Svenska Socialdemokraten“ redigiert, geschlossen hinter ihm steht.

Aus Industrie und Handel.

Die dritte englische Kriegsanleihe.

Der englische Schatzkanzler hat den Ertrag der neuen englischen Kriegsanleihe vor wenigen Tagen auf 700 Millionen Pfund, gleich vierzehn Milliarden Mark, wahrscheinlich abschließend zu niedrig geschätzt, um später mit größeren Ziffern prunken zu können. Tatsächlich ist das Ergebnis der dritten englischen Kriegsanleihe größer als das irgendeiner anderen bisher aufgelegten Kriegsanleihe. Die letzten Meldungen lauten:

Im Unterhause erklärte Bonar Law bei der Bekanntgabe über das Ergebnis der Kriegsanleihe, daß das gesamte Ergebnis eine Summe erreicht habe, die eine Woche vorher noch als unmöglich angesehen worden wäre. Die Zeichnungen bei der Bank von England beliefen sich auf 819 566 000 Pfund Sterling, der Betrag der konvertierten Schatzanweisungen auf 130 711 000 Pfund Sterling, die Zeichnungen bei den Postämtern auf 30 715 000 Pfund Sterling und die Summe der Kriegsspar-Zertifikate auf 19 800 000 Pfund Sterling. Dies ergab zusammen 1 000 312 950 Pfund Sterling neues Geld.

Von der englischen Anleihe vom Jahre 1915 im Betrage von 616 Millionen Pfund seien 200 Millionen Pfund von den Banken übernommen worden. Wenn es nicht notwendig sei, so seien diese großen Beiträge von den Banken nicht erzwungen. Wenn es notwendig gewesen wäre, so hätte er eine solche Aufforderung an die Banken gestellt, die ihm ihre Unterstützung versprochen hätten. Die Zahl der Zeichner bei der vorigen Anleihe habe 1 800 000 betragen, bei der jetzigen beläufte sie sich bei den Banken, Postämtern und für Kriegsspar-Zertifikate auf ungefähr 5 200 000. Der Erfolg der Anleihe sei ein Ausdruck des Willens des Volkes, den Krieg zu gewinnen.

Die neue englische Anleihe ist eine Leistung, besonders wenn man berücksichtigt, daß England nur zwei Drittel der Bevölkerung Deutschlands zählt, und daß sein Nationalvermögen auch nicht so hoch als das deutsche sein soll. Auch darf nicht vergessen werden, daß die Liquidierung der Warenvorräte lange nicht so weit vorgeschritten ist wie in Deutschland, und daß das englische Kapital noch frei über die Grenzen fluten kann, während das deutsche gewissermaßen in seine vier Wände eingesperrt ist. Auf der anderen Seite hat England bisher nur erstaunlich wenig langfristige Rente aufgebracht, so daß die Ueberfülle von in Wechselform konvertierten schwebenden Schulden eine offensichtliche Gefahr für die Finanzen des Inselreiches wurden. So groß auch der Ertrag der neuen englischen Kriegsanleihe ist, so reicht er doch nicht aus, um alle die bisher aufgenommenen schwebenden Schulden, die sich auf 22 Milliarden Mark beliefen, durch langfristige Rente abzutragen. In Deutschland ist die Umwandlung der schwebenden Schulden durch ewige Rente bisher immer gelungen, wobei allerdings die großen schwebenden Schulden der Bundesstaaten nicht berücksichtigt sind.

Bonar Law kommt auf den Betrag von 30 Milliarden Mark neues Geld bedacht, daß er auch 25 Milliarden Mark konvertierte Schatzanweisungen zurechnet. Soweit sofort oder bald fällige Wechsel in Zahlung gegeben werden, ist das so viel, als würde ein Schatz auf ein Bankguthaben ausgestellt. Wenn es sich um länger laufende Schatzanweisungen handelt, so kann man nicht mehr von „neuem Gelde“ sprechen, es handelt sich höchstens um Umwandlung einer in wenigen Jahren fälligen Schatzanweisung in langfristige Rente. Die Frage, ob Bonar Law zu seiner Auffassung berechtigt war, wird man erst prüfen können, wenn Mitteilungen darüber vorliegen, welche Gattungen konvertierte Schatzanweisungen eingerechnet wurden. Das englische Schatzamt gibt in der Regel Treasury Bills aus, die unseren unterjährigen Schatzanweisungen entsprechen und nichts anderes als Schatzwechsel auf mehrere Monate oder Wochen sind, dann die zwölfmonatigen Exchequer Bills und die mehrjährigen Exchequer Bonds. Im Krieg hat sich die Zahl der Gattungen der so aufgenommenen Schulden beträchtlich vermehrt. Kurz gesagt, man wird abwarten müssen, welche Laufzeit die von Bonar Law eingerechneten Schatzanweisungen gehabt haben.

England als Hort des Rechts.

„Times“ berichtet, daß die Kommission zur Untersuchung des feindlichen Einflusses in England ihre Arbeit beendet hat. Nach Vernehmung einer großen Zahl von Zeugen über die unter den jetzigen Verhältnissen bestehenden Rechtsverhältnisse ist sie zu dem Schluß gelangt, daß die vielfach kritisierte Verzögerung von Liquidierungen von Geschäften feindlicher Untertanen mehr auf Mäßen der Gesetzgebung als auf die Art der Handhabung der Gesetz zurückzuführen sei. Das Handelsamt hat der Kommission zufolge unter den früheren Regierungen nicht genügend Machtbefugnisse bekommen, um die Geschäfte rasch aufzulösen, und die Kommission empfiehlt deshalb eine ganze Reihe von Maßregeln, um in Zukunft alle Ausflüchte, die die Gesetzgebung gewährt, unmöglich zu machen.

Eingegangene Druckschriften.

- Die bunte Reihe. Roman von F. Maschner. Kronen-Bücher Band 22, 1 M. Krannen-Verlag G. m. H. G., Berlin SW. 68.
- Das Recht der Organisations- und neuen Deutschland. 1. Konstitutionsrecht und Staatsrecht. 1 M. Verlag Gustav Fischer, Jena.
- Die Nationalisierung der Volkswirtschaft. Von Prof. Dr. Bogdanoff. 1,60 M. Verlag A. G. S. W. (Paul Siebeck), Lädigen.
- Untergang. Von E. D. Steinberg. 1 M. Verlag Fischer u. Co., Jülich.
- Flanternus Not. Von Claudius Eberius. Verlag Georg Sillke, Berlin NW. 7.
- Werner Siemens, seine Verben und sein Werk. Festschrift, gehalten im Verwaltungsgelände der Siemenswerke. Von C. Dalmann.
- Aus der Friedens- und Kriegsarbeit. Von Adolf v. Harnad. 3 M. Verlag Alfred Löbelmann, Gießen.
- Großhändler. Roman von Jakob Schaffner. 1,25 M. Verlag E. Fischer, Berlin W.
- Monopolfrage und Arbeiterfrage. Drei Abhandlungen von Heinrich Cunow, Otto Hue und Max Schippel. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Wilhelm Janßen. 4 M. Verlag Buchhandlung Bornhörs, Berlin SW. 68.
- Deutsch-Amerikanische Handelsknoten zum Weltkrieg. Von Hans Floerke. Verlag Georg Müller, Künigsn.
- Der Kaiser im Felde. Von Dr. Bogdan Krieger. 3,50 M. Verlag Rameradiel, Berlin W. 35.
- Kartellwesen. — Geländebefunde. Von Prof. Dr. Groffe. Preis je 28 Pf. Franzische Verlagshandlung, Stuttgart.
- Bud und Volk und die volkstümliche Bäckerei. Von Walter Hofmann. 60 Pf. Verlag Th. Thomas, Leipzig.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Tempelhof; für den übrigen Teil: Alfred Schulz, Reutlin; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Bornhörs Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Zur Arbeitsbeschaffung nach dem Kriege.

Die Frage, wie nach dem Kriege das gesamte Wirtschaftsleben wieder in das alte Gleise kommt, gehört zu den brennendsten, die der Krieg uns gebracht hat. Millionen von Arbeitskräften werden aus dem Heere in das bürgerliche Leben zurückströmen und dann Verhältnisse vorfinden, die sich inzwischen vollständig geändert haben.

Sie geht von der Voraussetzung aus, daß die Ueberleitung eines großen Teiles der Kriegsteilnehmer in die Friedenswirtschaft rasch vor sich gehen werde. Dies werde besonders in der Landwirtschaft der Fall sein, der die Kriegsteilnehmer und ein Teil der ausländischen Arbeitskräfte entzogen werden.

Um dem zu begegnen, müßten rechtzeitig Maßnahmen getroffen werden. Grundfah muß sein, daß alle bestehenden Organisationen, soweit sie für die Lösung der Aufgabe in Betracht kommen, heranzuziehen sind und die Errichtung neuer Organisationen möglichst zu vermeiden sei.

1. sollen die Kriegsteilnehmer planmäßig nach ihrem letzten Beschäftigungsort entlassen werden oder, wenn der Entlassene die Zulassung einer Beschäftigung anderwärts nachweist, nach dem entsprechenden Ort. Bei der Entlassung sollen zunächst solche Kriegsteilnehmer berücksichtigt werden, die für die Wiederaufnahme des normalen Wirtschaftslebens besonders in Betracht kommen, also die Angehörigen der Landwirtschaft und derjenigen Industrien, die nach dem Plan der Uebergangswirtschaft in erster Linie ihre Tätigkeit wieder aufnehmen können und sollen.

2. soll hingewirkt werden auf die Juchhaltung der von den Arbeitgebern abgegebenen Versprechungen, die bei Kriegsausbruch bei ihnen beschäftigt gewesenem Kriegsteilnehmer wieder einzustellen. Dabei sollen die öffentlichen Betriebe vor allem ein gutes Beispiel geben. In den Fällen, wo die Betriebe während des Krieges eingegangen oder in andere Hände übergegangen sind, soll den Beteiligten ein Verzeichnis der vorhandenen Arbeitsnachweise zugänglich gemacht und sie schon vor der Entlassung auf diese Hilfsmittel hingewiesen werden.

3. sei der größte Wert auf eine allen Anforderungen genügende Arbeitsnachweisorganisation zu legen. Zu diesem Zweck müsse ein lückenloses, gut eingerichtetes Netz von Arbeitsnachweisen in ganz Deutschland vorhanden sein, wozu die Schaffung örtlicher oder bezirklicher Zentral-Ausgangs- und Ausgleichsstellen gehöre. Diese Orts- oder Bezirkszentralen sollten lediglich die nicht ausgleichbaren Posten an den Arbeitsmarktanzeiger weitergeben, welche Zusammenstellung vornehmlich den Verbandszentralen und der zentralen Arbeitsvermittlung dienlich zu machen sei.

4. Um der Landwirtschaft, der ein großer Teil der einheimischen Kräfte durch den Krieg dauernd entzogen worden sei, möglichst viel inländische Arbeitskräfte zur Verfügung stellen zu können, sollte eine energische Förderung der ländlichen Siedelungen, die Schaffung der Mietwohnungen für Landarbeiter und ein freies Rechtsverhältnis der ländlichen Arbeiter gefördert werden.

5. müsse durch Bereitstellung öffentlicher Arbeiten in möglichst großem Umfange dafür gesorgt werden, daß heimkehrende Krieger, die weder bei dem früheren Arbeitgeber, noch durch die Tätigkeit der Arbeitsnachweise untergebracht werden könnten, wieder Arbeit finden. Dabei dürfe nicht gewartet werden, bis die Uebelstände zum Teil überwunden seien, sondern hier müsse es sich um gut vorbereitete Maßnahmen handeln. Notwendig sei auch die Wahrung der privaten Bautätigkeit durch Kredit-erleichterung.

Um die weibliche Arbeitslosigkeit einzuschränken, müßten ebenfalls Aufträge öffentlicher Körperschaften vorbereitet werden, wobei vor allem Aufträge von Reich, Staat und Gemeinde für die Heimarbeit in Betracht kämen.

6. müsse die Einführung ausländischer Arbeitskräfte von der amtlichen Zentralstelle aus so geregelt werden, wobei ausländische Arbeiter nur zugelassen werden sollen, wenn für das betreffende Gewerbe der Nachweis erbracht wird, daß inländische Arbeitskräfte nicht in ausreichender Zahl vorhanden sind;

7. soll als letztes Glied der für die Entlassung der Kriegsteilnehmer vorzubereitenden Maßnahmen die Arbeitslosenunterstützung vorgesehen werden, die allerdings erst zu gewähren sei, wenn alle Möglichkeiten, Arbeit zu beschaffen, erschöpft seien. Auch wird empfohlen, den Familien der Kriegsteilnehmer die Familienunterstützung noch einen vollen Monat nach der Entlassung ihres Versorgerers aus dem Heeres- oder MarineDienst weiterzugewähren.

Die von der Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgeschlagenen Maßnahmen können im allgemeinen unterstrichen werden. Aber der Punkt 3, der von der Organisation der Arbeitsnachweise spricht, ist anders zu behandeln, als vorgeschlagen wird. Wir verweisen hierbei auf die Peitition, die gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung betreffend, die von den Zentralen sämtlicher Gewerkschaftsgruppen am 3. März 1915 an den Bundesrat und den Reichstag gegangen ist, und worin die neue Organisation des Arbeitsnachweises durch ein Reichsgesetz, aufgebaut auf städtischen oder Bezirksarbeitsämtern, gefordert worden ist. Bei dem jetzigen Durcheinander der Arbeitsvermittlung ist nicht daran zu denken, daß die Schwierigkeiten, die sich in großen Mengen einstellen werden, überwunden werden können. Nur eine straffe Organisation, auf reichsgesetzlicher, nicht auf selbsthelferischer Grundlage, kann den Gefahren, die der arbeitenden Bevölkerung drohen, in wirksamer Weise steuern. Auch würden nur durch eine solche Vermittlung die Schwierigkeiten bei der Unterbringung der Kriegbeschädigten erheblich verringert.

Wichtiger als dem Petenten erscheint uns auch die Arbeitslosenunterstützung. Es kann nicht angehen, die Leute, die jahrelang für das Vaterland ihre Haut zu Markte getragen haben, auch nur einen Tag ohne Unterstützung zu lassen. Hier genügen die vorgeschlagenen Maßnahmen bei weitem nicht. Die Unterstützung muß sofort einsetzen. Die Bedenken, die dem entgegenstehen, werden zum größten Teil gleichfalls durch die von den Gewerkschaften vorgeschlagene Organisation des Arbeitsnachweises beseitigt.

Aus Groß-Berlin.

Verkehrssteuereplan und Straßenbahnarif.

Wir weisen gestern darauf hin, daß die „Große Berliner“ sich mit der dunklen Absicht trägt, die vom Bundesrat geplante Vesteuerung auch des Straßenbahnverkehrs zur Durchführung des schon längst angestrebten 15-Pf. Tarifs zu benutzen, und wir sagten bei dieser Gelegenheit, daß zum Glück ja nicht die Herren von der Straßenbahngesellschaft (für die andern hinreichend verdächtigen Verkehrsinstitute gilt das gleiche) allein über die Tarife zu bestimmen haben. Daß die Gefahr einer Tarifverteuerung in der Tat nicht gering ist, mag man daran erkennen, daß die von der „Großen“ ausgesprochenen Forderungen bereits unsere städtische Verwaltung auf den Plan gerufen haben. Aus dem Nachrichtenbureau des Magistrats Berlin wird uns geschrieben:

„Von manchen Seiten wird die Annahme vertreten, daß der vom Bundesrat beschlossene Entwurf eines Gesetzes über die Besteuerung des Personenverkehrs eine allgemeine Bewegung zugunsten umfassender Tarifserhöhung für die Verkehrsanstalten Groß-Berlins und anderer Großstädte zur Folge haben müsse. Ja, es scheint hier und da die Verkehrssteuer als ein willkommenes Anstöß zur Neubelebung von Tarifplänen begrüßt zu werden, die den Betriebsgesellschaften das Drei- bis Vierfache des Betrages der Steuer zuführen sollen. Wenn hierbei darauf gehofft wird, daß der Verkehrssteuer-Gesehentwurf den Verkehrsunternehmen ein Mittel an die Hand gebe, um eine solche Erhöhung auch gegen den Willen der Gemeinden zu erreichen, so gründet diese Hoffnung sich auf einen Irrtum. Der Gesehentwurf gestattet dem Betriebsunternehmer nur solche Tarifänderungen, die zur Deckung der neuen Steuer bestimmt sind, und nur in diesem Rahmen kann der Unternehmer einen Anspruch durch Anrufung des Schiedsgerichts durchsetzen. Dagegen wird in der Begründung des Gesehentwurfs ausdrücklich hervorgehoben, daß die Ermächtigung des Unternehmers, einseitig Tarifänderungen aus Anlaß des vorliegenden Gesetzes vorzunehmen, nicht soweit gehen könne, um auch Änderungen zu gestatten, an denen er sich für sonstige Steigerungen der Betriebsunkosten zu erholen beabsichtigt. Es würde ja auch einen niemals dagewesenen Eingriff in die gesamte Verkehrsökonomie bedeuten, wenn die Reichsgesetzgebung eine von ihr verhängte Steuer zum Anlaß nehmen wollte, um durch ein von Reichs wegen bestimmtes Schiedsgericht jede beliebige Erhöhung der Tarife ins Werk zu setzen. Natürlich bleibt trotzdem die Gefahr bestehen, daß auf die unermittelte Bevölkerung bei Geloggenheit der Verkehrssteuer Mehrbelastungen überwältigt werden, die das Bedürfnis der Wiedereinbringung der Steuer weit übertreffen. Die Bedenken, die sich hieraus und aus anderen Gründen gegen die Unterwerfung der großstädtischen Verkehrsanstalten unter eine Verkehrssteuer überhaupt ergeben, müssen an anderer Stelle ausgeführt werden.“

Hoffentlich versäumen die Städte nicht, rechtzeitig auf diese „andere Stelle“ nachdrücklich in diesem Sinne einzuwirken. Daß die parlamentarischen Vertreter der Arbeiterschaft den gesamten Verkehrssteuern die Zustimmung versagen werden, versteht sich von selber und ist von uns schon des näheren dargelegt worden.

Mit wie frohen Hoffnungen die neuen Verkehrssteuern, die eine unerträgliche Last für die erwerbstätige Bevölkerung sein würden, von Interessenten begrüßt werden, zeigt klar der Bericht des „B. L.“ über die Montagbörse, auf der die Aktien der Großen Berliner Straßenbahn

trotz aller Klagen über Mindereinnahmen kräftig im Kurs hinaufgesetzt wurden: „Die Aktien der Großen Berliner Straßenbahn zogen um mehrere Prozent an im Zusammenhang mit der den Verkehrsunternehmen durch die Verkehrssteuern eröffneten Aussichten auf Tarifserhöhungen.“

Die Herrschaft der Mietkasserne.

Die Statistischen Monatsberichte „Groß-Berlin“, herausgegeben vom Statistischen Amt Berlins unter Mitwirkung der Statistischen Ämter Charlottenburgs, Neuköllns, Schönebergs, Wilmersdorfs, bringen jetzt (im Jahrgang 5, Heft 1 und 2) eine Abhandlung über die in Berlin und Vororten beanstandeten Grundstücksaufnahmen vom 15. Oktober 1910 sowie von Ende Oktober 1905 und 1900. Verfasser ist Dr. W. Henningsen, wissenschaftlicher Assistent am Berliner Statistischen Amt, der im vorigen Jahr auf dem Schlachtfelde fiel.

Dargelegt werden die Veränderungen, die in der Bevölkerungszahl, in der Zahl der Grundstücke und der Haushaltungen, in der Zahl der auf je ein Grundstück durchschnittlich entfallenden Haushaltungen und Bewohner sich für die beiden Jahrespunkte von 1900 zu 1905 und zu 1910 gezeigt haben. Die Grundstücksaufnahmen erstreckten sich in 1900 auf Berlin und 21 Vororte, in 1905 auf Berlin und 27 Vororte, in 1910 auf Berlin und 42 Vororte. An allen drei Grundstücksaufnahmen waren beteiligt außer Berlin noch 17 Vororte, darunter von den größeren der Nachbarschaft die folgenden 14: Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Schmargendorf, Friedenau, Tempelhof, Neukölln, Treptow, Stralau, Lichtenberg, Rummelsburg (das damals noch nicht nach Lichtenberg eingemeindet war), Weissensee, Pantof, Reinickendorf. Nur für Berlin und diese 14 Vororte wollen wir die Ergebnisse betrachten.

Das Gesamtbild ist sehr unerfreulich. Es zeigt die fortwährende Ausdehnung der Mietkasserne über Berlin hinaus auf Nachbarorte, in denen sie bisher noch nicht so wie in Berlin vorgeherrschte hatte.

Die Zahl der auf je ein bewohntes Grundstück durchschnittlich entfallenden Haushaltungen (von den Anstalten wird abgesehen) stieg im Laufe der beiden Jahrespunkte in Berlin nur noch wenig, stärker in fast allen Vororten, in manchen sehr stark. Sie war in den drei Aufnahmejahren:

Table with 3 columns: Year (1900, 1905, 1910) and various districts (Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Schmargendorf, Friedenau, Tempelhof, Neukölln, Treptow, Stralau, Lichtenberg, Rummelsburg, Weissensee, Pantof, Reinickendorf) with corresponding household counts.

Das Ergebnis aus 1910 war gegenüber demjenigen aus 1900 nahezu das Anderthalbfache in Neukölln und in Wilmersdorf, über das Anderthalbfache in Schmargendorf und Friedenau und in Reinickendorf, fast das Zweifache in Rummelsburg, weit über das Zweifache in Stralau und Treptow. In 1900 hatte noch Berlin die ungünstigste Ziffer, in 1905 wurde Berlin hierin bereits von Neukölln überholt, in 1910 war Neukölln mit der ungünstigsten Ziffer allen anderen Orten weit voraus und Rummelsburgs Ziffer reichte fast bis zu derjenigen Berlins heran. Unter der oben gegebenen Auswahl von Vororten hatte Reinickendorf in allen drei Aufnahmejahren noch das günstigste Ergebnis, trotz der auch da eingetretenen beträchtlichen Steigerung. In Reinickendorf sind noch viele Grundstücke mit Häusern für nur eine oder zwei Familien bebaut, doch soll man nur nicht schon deshalb die dortigen Wohnungsverhältnisse etwa für „unsergültig“ halten.

Nicht genau ebenso, aber ähnlich hat die Zahl der auf je ein bewohntes Grundstück durchschnittlich entfallenden Bewohner, die sogenannte Bewohnungsziffer, sich im Laufe der zwei Jahrespunkte geändert. Hier haben Berlin und Schöneberg eine kleine Verringerung der Ziffer, bei allen anderen Orten aber ist eine Verschlechterung zu bemerken, besonders bei Wilmersdorf, Schmargendorf und Friedenau, mehr noch bei Rummelsburg und bei Reinickendorf, am meisten bei Stralau und bei Treptow.

Aus Berlin sind auch die besonderen Ergebnisse für die einzelnen Ständekamtsbezirke mitgeteilt. Die Bewohnungsziffer ist zurückgegangen nicht nur in dem Stadtimern, wo die Erziehung kleiner Wohnhäuser durch große Geschäftshäuser ihren Einfluß geltend gemacht hat. Auch die meisten anderen Bezirke, selbst die äußeren, hatten einen Rückgang der Bewohnungsziffer, mit Ausnahme nur von Gesundbrunnen und Wedding.

Dem Rückgang der Bewohnungsziffer in Berlin entspricht die oben angedeutete Steigerung in den angrenzenden Vororten. In demselben Maße, wie die vollbebaute südwestlichen, südlichen, südöstlichen, östlichen Stadtteile Berlins ihre Bevölkerung zum Teil an die Vororte abgaben, mußte in diesen die Wohnplatzigkeit zunehmen. Der Zug nach den Vororten hat ihnen mit dem Bevölkerungszuwachs aus der Bauentwicklung eine immer stärkere Ausnutzung der Grundstücke und die Herrschaft der Mietkasserne gebracht.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Der Magistrat Berlin gibt bekannt, daß der Abschnitt 19 der Eilpostkarte II im März eingeleist werden kann. Auf diesen Abschnitt darf ein Päckchen Süßstoff-K Packung zum Preis von 25 Pf. versandt und entnommen werden. Die Abschnitte Nr. 1 bis 18 dürfen in Zukunft nicht mehr eingeleist werden.

Die im Osten wieder eingetretenen Kälte und die Schwierigkeiten bei der Beförderung haben die Eiertransporte nach Berlin in unerwarteter Weise um einige Tage verzögert. Wenn also das Publikum in den Geschäften in den nächsten Tagen keine Ware erhalten sollte, so ist das auf jene widrigen Umstände zurückzuführen. Es ist aber damit zu rechnen, daß vom Beginn nächster Woche ab die Versorgung in eine geregelte Bahn gelangen und daß die Einwohnerzahl bis zu dem bekannt gemachten Tage versorgt werden wird.

Fleischlose „Wurst“.

Ueber die Zulassung sogenannter „fleischloser Wurst“ schreibt uns ein Fachmann: Mit dieser „Wurst“ wird ein ungehobelter Zucker getrieben, dem der Höchstpreis von 60 bzw. 80 Pf. nur zum Teil vorsteht. Denn sie besteht, ob Grünblut- oder Grünleberwurst, hauptsächlich aus — Wasser. Ein Pfund Größe oder Graupen wird mit 4—5 Pfund Wasser aufgedrückt. Das Blut enthält an sich schon 80—85 Proz. Wasser, es wird ihm aber nicht selten von den Bluthändlern noch bis zu 90 Proz. Wasser zugefügt. Gibt es kein Blut, so wird vielfach Grünleberwurst fabriziert, das heißt die aufgebraute Größe oder Graupe wird ohne Blut und selbstverständlich auch ohne Leber in Wurst verarbeitet. Als Gewürz wird nur Salz oder Majoran verwendet, Pfeffer und anderes ist fast nie da.

Woher, fragen wir, erhalten diese „Wurstfabrikanten“ die Größe und Graupen? Warum gibt man diese nicht der ärmeren Bevölkerung und gibt

ist, wie sie sich daraus das selbe Schmiermittel anfertigen kann, auf billigere und hygienisch einwandfreie Weise? Warum verbietet man diese Art Wurfbereitung nicht gänzlich? Man sagt, die Bevölkerung will Wurst haben. Ja, Wurst will sie haben, aber nicht „Wurst“, die keine Wurst ist.

Ebenso bedenklich ist die Fisch-, Muschel- und Gemüsewurst. Und nun soll es auch noch Kaninchenwurst geben! Es sollen weder Kartoffeln noch Rüben dazu verarbeitet werden. Die feinsten Fabrikanten werden aber bald Ersatz für Kartoffeln und Rüben haben, so daß die Bevölkerung eine neue „Wurst“ mit schön klingendem Namen erhält.

Auf der Hygieneausstellung in Dresden befand sich ein Bild, das einen Teller mit Wurst darstellte; darunter las man die sehr richtigen Worte: „Wurst ist Vertrauenssache“.

Der Dred.

Berlin war einmal die reinlichste Stadt Europas... Es war einmal. Der Schnee und der Frost haben es in das Gegenteil verkehrt. Nun nimmt ja jeder die Kriegseinwirkungen mit in den Kauf. Schön, die Stadt kann nicht mehr im früheren Maße für Reinlichkeit sorgen. Aber muß über das gern Zugestandene hinaus nun weiter völlig verschlammen und versauen? Ruß der durch das Lauwetter in Bewegung geratene Matsch nun auf unabsehbare Zeit in den Straßen, auf den Bürgersteigen hin- und herwogen, da die Abflüßlöcher nicht geöffnet werden? Ist es zweckmäßig und hygienisch, daß der Dred jetzt in alle Häuser geschleppt wird, oder daß vielfach die breiten Bürgersteige unbenutzbar geworden sind, weil darauf sich Seen gebildet haben? Die geographisch sehr interessanten Verhältnisse der Mississippiflüsse kann man jetzt in Berlin in verkleinertem Maßstabe studieren. Der Regen, der jetzt fällt, verschlimmert die Situation, weil das Wasser vielfach nicht abfließen kann.

Muß das so bleiben, bis die Frühlingssonne das letzte Eis wegtaut hat? Als die Schneedecke der Stadt über den Kopf wuchs, forderte sie die Hausbesitzer und Bürger zum Eingreifen auf. Es ist zwar bedauerlich und beschämend, daß das auch jetzt erst wieder von oben her geschehen muß. Initiative und Selbsthilfe fehlen in bedenklichem Grade. Sogar wo die Hausbesitzer erheblich interessiert sind, vor großen Säden, Restaurants und Hotels, lassen sie Dred und Müll sich anammeln, daß ein Zugang von der Straße gar nicht möglich ist. Nicht einmal die Abflüßöffnungen werden freigelegt — und es kann noch viele Tage dauern, bis sie von selber aufgehen.

Inzwischen aber fordern wir — da kein anderer es tut — das Publikum zur Selbsthilfe auf: Schafft man den Dred und Wasser den nötigen Abfluß! Das Weitere wird dann hoffentlich der Regen besorgen.

Die Leiche in der Laubenkolonie.

In Lichtenberg liegt an der Köderstraße die Laubenkolonie „Rittwisch Feldschlösschen“. Seit dem Herbst war in der einem Arbeiter Schiller aus Berlin gehörenden Laube Nr. 29 ein 63-jähriger Arbeiter Theodor Peshow einquartiert, der die Laube bewachen sollte. Peshow, der sich regelmäßig in der Nachbarschaft hatte sehen lassen, wurde seit dem 16. Februar vermißt. Mehrere Tage hindurch rief man vor der Laube nach ihm, aber nichts regte sich. Am 20. Februar saßen endlich zwei Frauen sich ein Herz, schauten durch ein Fenster der Laube und erblickten nun drinnen den Vermissten, der nur mit der Hofe bekleidet leblos auf seinem Stuhl lag. Noch an demselben Tage wurde die Lichtenberger Polizei von dem Leichenfund in Kenntnis gesetzt und am 21. Februar wurde auch im Lichtenberger Armenhaus um Abholung der Leiche gebeten, aber erst am 22. Februar erschien ein Polizeibeamter mit einem Arzt, der die Leiche besichtigte. Der Totle soll da schon in einem entsetzlichen Zustand gewesen sein, weil Kratten, an denen es ja in Laubenkolonien nicht fehlt, sich über ihn hergemacht und ihn angegriffen hatten. Abgeholt wurde die Leiche aber auch jetzt noch nicht. Tag um Tag verging — und immer noch lag sie in der Laube, eine willkommene Beute für Ratten. Am 26. Februar gab die Frau eines Laubenkolonisten telefonisch dem Berliner Polizeipräsidenten Radtke von der Angelegenheit, und nun wurde von dort aus die Lichtenberger Polizei veranlaßt, diesem gesundheitsgefährdenden Zustand ein Ende zu machen. Gestern, am 27. Februar, gegen 7 Uhr abends, erschienen dann vor der Laube zwei Männer, die im Auftrage der Polizei die grauenhaft zerkleinerte Leiche abholten. Warum ist die Abholung der Leiche so spät erfolgt? —

Die Annahmestellen für getragene Kleidungsstücke.

Der Wirtschaftsbereich Groß-Berlin für Kleiderverwertung hat in den Städten Berlin, Charlottenburg, Berlin-Schöneberg und Berlin-Wilmersdorf sowie in den Kreisen Teltow und Niederbarnim Annahmestellen errichtet, an denen getragene Kleidung, Wäsche und Schuhwaren, sowie Uniformen und Uniformstücke entgegenlich oder unentgeltlich abgegeben werden können. Verablung für entgegenlich abgegebene Stücke erfolgt nach sachverständiger Abschätzung in bar. Die Abgabe von gebrauchsfähigen Oberbekleidern und Schuhwaren berechtigt zum Empfang von Vorrugs-Bezugscheinen. Jeder anderweitige Ankauf getragener Kleidungsstücke ist verboten und strafbar, ebenso der Verkauf vom 1. März ab. Vorkauf sind folgende Annahmestellen errichtet: In Berlin: Kommandantenstr. 80/81 (zugleich Zentralstelle), in Charlottenburg: Passauer Str. 40 und Bismarckstraße 85, in Berlin-Schöneberg: Grunewaldstr. 19, in Berlin-Wilmersdorf: Brandenburgische Str. 1, in Berlin-Steglitz: Ruhlsbergstr. 3, in Berlin-Treptow: Rathaus, Neue Krugallee, in Königs-Wusterhausen: Schneidemeister Rungfeldt, und in Teltow (nur für Schuhwaren): Schuhmachermeister Hofstodt. Die Annahmestellen des Kreises Niederbarnim werden von der Kreisverwaltung demnächst bekanntgegeben.

Freiwillige Ablieferung von Bronzegeößen.

Am 1. März 1917 ist eine neue Bekanntmachung in Kraft getreten, die neben einer freiwilligen Ablieferung von Bronzegeößen auch eine Beschlagnahme, Enteignung und Einziehung von Bronzegeößen vorsieht. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Um den Bedürfnissen des Gottesdienstes gerecht zu werden, sieht die Bekanntmachung vor, daß hierfür dorthin je eine Glocke im Gewicht erhalten bleiben soll. Auf kunstgewerblichen oder kunstgeschichtlichen Wert, der durch behördlicherseits für diese Bekanntmachung besonders namhaft gemachte Sachverständige festzustellen ist, oder unmittelbar durch die Aufsichtsbehörde anerkannt wird, wird die erforderliche Rücksicht genommen werden.

Lebensfluß und Gewerbetreibend. Die folgenden Verkaufsstellen müssen bekanntlich um 7. Sonnabends um 8 Uhr schließen. Es sind nun Zweifel darüber entstanden, ob deshalb Gewerbetreibende ihren Betrieb ebenfalls dann schließen müssen, wenn sie in den offenen Verkaufsstellen neben dem Handelsgewerbe noch ein anderes Gewerbe betreiben. Nach einem Bescheide der zuständigen Minister können Gewerbetreibende, die neben dem Handelsgewerbe noch ein anderes Gewerbe betreiben, diesen Betrieb über jene Stunden hinaus fortsetzen. Die Schaufenster müssen aber dunkel und in der üblichen Weise verhängt und die Verkaufstätigkeit muß eingestellt werden.

Heilschmecke Genüsse am goldenen Hochzeitstage. In letzter Zeit haben sich die Anträge auf Zulassung von Fleisch zu Festlichkeiten sehr vermehrt. Die Reichswehrstelle ist aber nicht in der Lage, diese Anträge berücksichtigen zu können und wird in Zukunft Fleischzulagen nur für die Feste der goldenen Hochzeit bewilligen.

„Die Bedeutung der Monogamie“ lautete das Thema, über das Grete Meisel-Geh am Montag in einer Versammlung des Bundes für Ruterichau im Architektenhaus sprach. Die Richteinhaltung des Prinzips der Einhe — führte sie aus — habe lästige Verbindlichkeiten, Feindschaften, soziales und moralisches Elend zur Folge. Das Zusammenhalten in der Ehe sei eine Pflicht für ihr Glück. Zudem wir unsere sexuelle und psychische Hingabe auf ein einziges Wesen konzentrieren, schaffen wir uns einen Schatz etwils wertvoller Erinnerungen. „Monogamie ist nicht immer Liebe, aber Liebe ist immer Monogamie.“

Jahrplanänderung auf der Linie W der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn. Vom 1. März ab verkehren die ersten Wagen ab Strogenbahnhof Richtersfelde 5.6 früh (bisher 5.51), ab Ringbahnhof Schönhauser Allee 5.48 früh (bisher 5.38).

Im Apollo-Theater wird von Donnerstag ab ein interessantes Gastspiel stattfinden. Die bekannten Filmkünstler Wanda Treumann und Biggo Karlen werden sich dem Publikum zur Abwechslung einmal in der Wirklichkeit zeigen, und zwar in ihrem Lustspiel „Die Scheidungsfrage“. Außerdem wird ein vollständig neues Spezialitätenprogramm geboten werden.

Schwer verletzt wurden am Dienstag mittag die beiden verheirateten Monteure E. Salcke und W. Weber im Hause von Dindstedt u. Säuberlich, Leipziger Str. 82, gegenüber von Tief. Die Verletzten hatten im vierten Stock eine Reparatur am Fahrstuhl auszuführen. Angeblich soll nun die Sicherung nicht vorschriftsmäßig ausgehängt worden sein. Als nun die Monteure im Fahrstuhl Schrauben anziehen wollten, stürzte er mit beiden in die Tiefe. Die alarmierte Feuerwehr befreite die Schwerverletzten und brachte sie nach der Charité, wo man ihnen Verbände anlegte. Beide sollen auch innere Verletzungen davongetragen haben.

Die Buchhaltereien für Familienzahlungen der Generalkriegskasse sind von Dessauer Str. 2 nach Wilhelmstr. 91 verlegt. Die Empfänger von Familienzahlungen können die Barbeträge, sofern sie nicht durch die Post oder im Girowege überwiesen werden, bereits vom 1. März ab in den neuen Räumen der Kasse, Wilhelmstraße 91 IV, abheben.

Aus den Gemeinden.

Tagung des Brandenburgischen Provinzial-Landtages.

Der Provinzial-Landtag, der am Sonntag zusammengetreten war, hat seine reiche Tagesordnung in zwei Sitzungen, am Montag und Dienstag, erledigt. Besonders wichtig ist die Erledigung des Haushaltsplanes, die nach der Vorberatung im Plenum debattiert erfolgte. Er schließt in Einnahme und Ausgabe mit 28 Mill. 843 600 Mark. Für die einzelnen Gemeinden ist von besonderem Interesse, daß der Steuerfuß, mit dem sie zu den Lasten der Provinz herangezogen werden, auch in diesem Jahre auf 14 Proz. belassen werden konnte. Im Haushaltsplan erscheint auch zum ersten Male die im vorigen Jahre beschlossene Mitwirkung an den Ausgaben der Elektrizitätsversorgung und zwar in dem Zuschuß von 17 500 M., im Anleihebedienst und in einem weiteren Betrag von 10 000 M. für unvorhergesehene Fälle. Ferner erscheint in den außerordentlichen Ausgaben ein Posten von 80 000 M., der der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt als erste Rate eines Zuschusses zur Deckung von Kriegsschäden, Neueinrichtung des Außenbüros und Erweiterung des Versicherungsbetriebes gewährt werden soll. Der ganze Zuschuß, der in einer besonderen Vorlage gefordert und vom Provinzial-Landtag genehmigt worden ist, soll 240 000 M. betragen. Der Landtag hat sich allerdings vorbehalten, bei späterer günstiger Entwicklung der Anstalt eine Rückerstattung aus den Ueberbliebenen zu fordern.

Von allgemeinem Interesse ist auch die Verstärkung der Mittel der Kriegshilfskasse. Diese Kasse ist geschaffen worden mit einem Kapital von 6 000 000 M., das zur Hälfte von der Provinz, zur Hälfte vom Staate gegeben worden ist, jetzt ist es um zwei Millionen vergrößert worden und zwar hat der Staat wiederum eine Million beigesteuert, während die andere von der Provinz auf dem Wege der Auflage aufgebracht wird. Die Mittel der Kriegshilfskasse flossen bisher den einzelnen Kreisen und Stadtgemeinden zu, die auch die volle Haftung übernehmen, dafür aber auch das Recht hatten, über die Weitergabe der Darlehen vollständig selbständig zu verfügen. Es hat sich aber für notwendig erwiesen, die Kriegshilfskasse für die kleinen Kreise unmittelbar in die Hand der Provinz zu legen. Ihnen ist sehr schwer zu helfen, weil sie einer festen wirtschaftlichen Organisation noch völlig entbehren. Sollte die Provinz die Haftung auch hier auf die Gemeinden übertragen, so würden nur ganz kleine, nicht leistungsfähige Fischerdörfer in Betracht kommen, so daß eine wirksame Hilfe kaum durchführbar wäre. Der Provinzialausschuß beantragte daher, eine halbe Million von den Mitteln der Kriegshilfskasse für die Fischerfürsorge abzugeben und unter die unmittelbare Verwaltung der Provinz zu stellen. Allerdings sollte wenigstens ein Drittel der Belastung den Gemeinden belassen werden. Über der Provinzial-Landtag hält auch das noch für eine zu schwere Bedingung für die kleinen Fischerdörfer und hat diese Haftung ganz auf die Provinz übernommen.

Schließlich erwähnen wir noch den Verwaltungsbericht der Lebensversicherungsanstalt Brandenburg. Er liegt zwar erst für das Jahr 1915 gedruckt vor, aber der Referent konnte wenigstens mündlich einige Mitteilungen über die Ergebnisse des Jahres 1916 machen. Aus ihnen ist besonders interessant, daß die Invalidenrenten von 6640 Fällen im Jahre 1915 auf nur 7416 im Jahre 1916 gestiegen sind und die Zahl der Altersrenten dagegen von 856 auf nicht weniger als 5550. Hierin spricht sich vor allem die Wirkung der Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre für den Bezug dieser Rente aus. Kriegsinvalidenrenten wurden im Jahre 1916 in 625 Fällen gezahlt, Krankenrenten, die mit dem Kriege zusammenhängen, in 4665 Fällen, Kriegswitwengeld 2746 M., Kriegswitwenrenten in 207 Fällen, Kriegswaisenrenten 6119 und Kriegswaisenzustufe in 47 Fällen.

Abgabe von Gebäud auf die Kartoffelfarte in Neukölln. Der Magistrat teilt mit, daß er wegen Ausbleibens jeglicher Zufuhr nicht in der Lage ist, in der laufenden Woche Kartoffeln an die Bevölkerung auszugeben. Es werden dafür auf die fälligen 10 Abchnitte der roten Neuköllner Kartoffelfarte insgesamt 1000 Gramm Gebäud abgegeben. Eine zusammenhängende Abrechnung der 10 Abchnitte von der Kartoffelfarte ist nicht erforderlich.

Diejenigen Personen, die im Wege der Hausbelieferung mit Kartoffeln versorgt worden sind, dürfen von ihrem Vorrat vier Pfund verbrauchen. Der Magistrat weist zugleich nochmals darauf hin, daß diejenigen Personen, die damals mit 1½ Zentner Kartoffeln versorgt worden sind, mit ihrem Vorrat bis zum 5. Mai d. J. reichen müssen und daß eine Neuvergabe von Kartoffelfarten an die hausbeliefernde Bevölkerung, soweit sie mit 1½ Zentner versorgt worden ist, vor dem 6. Mai unter keinen Umständen erfolgen kann.

Auf die Wechselschnitte der Kartoffelfarte darf in der laufenden Woche nur dann Wechs abgegeben werden, wenn gleichzeitig mit der Wechsart die Neuköllner Hausbelieferkarte vorgelegt wird.

Lebensmittelverteilung in Schöneberg. Der Magistrat verteilt auf Abschnitt Nr. 50 der Lebensmittelkarte 400 Gramm Graupen zu 24 Pf. und auf Abschnitt Nr. 81 125 Gramm Weizengrieß zu 7 Pf.

Die Anmeldung beim Kleinhändler findet am Mittwoch, dem 28. Februar, Donnerstag, den 1. März und Freitag, den 2. März statt. Spätere Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden.

Lebensmittelnachrichten aus Steglitz. In der laufenden Woche gibt es drei Pfund Kartoffeln — soweit der Vorrat reicht. Wer bis Donnerstag abend keine Kartoffeln erhalten hat, kann wieder 600 Gramm Gebäud auf die Kartoffelfarte entnehmen. Außerdem gibt es noch vier Pfund Kohlraben pro Kopf.

Fischerlauf in Neukölln. In ihrer amtlichen Verkaufsstellen bringt die Gemeinde heute kleine zum Preise von 1 M. pro Pfund zum Verkauf. Auf den Kopf der Bevölkerung entfällt ½ Pfund, jedoch nicht mehr als 3 Pfund für jede Familie. Bei der Entnahme wird Feld 6 der Lebensmittelkarte abgestempelt. Wer bei diesermäßigen Verteilung nicht berücksichtigt werden kann, erhält das nächste Mal auf dieselbe Nummer das auf ihn entfallende Quantum Fische.

Lebensmittelnachrichten aus Brix. In dieser Woche gelangen in der Verkaufsstelle zum Verkauf auf Abschnitt 2 Hafergrüße (je Person ¼ Pf.), Abschnitt 3 Schweden (je Haushalt 1 Pf.), Abschnitt 4 Scholle in Apfel, Abschnitt 6 Zwieback (1 Paket), Abschnitt 7 Haferflocken (nur auf Nr. 3001 bis 3003), Abschnitt 8 Sonderzuteilung. Bei den Kleinhändlern werden für jede Person 200 Gramm Mehl zu 0,28 M. auf Abschnitt 1 des Lebensmittelauflages bis 7. März abgegeben.

Ohne Abchnitte können Zwiebeln, Pfeffer und Salz in der Verkaufsstelle gekauft werden.

Tempelhof bleibt bei 150 Prozent. Im Voranschlag der Gemeinde Tempelhof sind dieselben Steuerätze wie im laufenden Rechnungsjahr vorgesehen; auch der Zuschlag zur Staatssteuereinkommensteuer mit 150 Proz. soll unverändert bleiben.

Gerichtszeitung.

Prozeß Schiffmann.

In der gestrigen Sitzung setzte Staatsanwalt Sahnner seine Erörterungen über die Vergehungen der Frau Ahrens fort. Er führte des weiteren aus, wie genau die Angeklagte in all die Schiebungen Schiffmanns eingearbeitet war und daß sie bemüht gewesen sei, sich selbst nach Kräften zu bereichern. Die faulste Treugefellschaft habe den Wahlpruch befolgt: Untreue gegen die Gläubiger und Gegnerschaft gegen alle, die Ansprüche gegen Schiffmann hatten. Wahrscheinlich habe sie schon wochenlang mit Schiffmann dessen Fucht in alle Einzelheiten besprochen; ihr ganzer Gedanke sei gewesen: Wie kannst du aus der Pleite für dich und Schiffmann möglichst viel heraus schlagen. Schiffmann habe die Angeklagte auf die Bahn des Verbrechens gebracht, er hatte sie als seine Gehilfin erzogen, es kann aber keine Rede davon sein, daß er sie hypnotisiert und fasziniert und zu jenem ganz willenlosen Werkzeug gemacht habe. Sie hat gesehen, wie Hunderttausende von Schiffmann leicht verdient und vergeudet wurden und das erregte ihr Verlangen, sich auch zu bereichern. Es muß den Geschworenen vorbehalten bleiben, ob sie besonders milde Richter sein wollen — aber schuldig müsse sie auf alle Fälle gesprochen werden.

Nach kurzer Pause ergriff der zum Officialverteidiger Schiffmanns bestellte Rechtsanwalt Dr. Koch das Wort. Er schied voraus, daß er es als Verteidiger nicht für seine Aufgabe betrachten könne, aus Schwarz Weiß zu machen, sondern dazu berufen sei, zur Erforschung der materiellen Wahrheit mitzuhelfen. Seine Aufgabe sei sehr schwer, da es sich um einen Mann handelte, dem von der einen Seite das Zeugnis eines wirtschaftlichen Leichenlebbers, von der anderen Seite das eines außerordentlichen, lautmännlich scharf blickenden Mannes gegeben wird. Der Sachverständige Bücherrevisor Michaels sei bei der Erörterung des Zeitpunkts, wann der Angeklagte seine Zahlungen eingestellt hat, von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Der Verteidiger kommt zu dem Schluß, daß tatsächlich erst Ende 1910 die Zahlungen eingestellt eingetreten sei und daß alles, was bis zum Jahre 1909 geschehen, unmöglich als Bankrotzahlungen angesehen werden könne. Zwecklos sei die Durchführung eine unordentliche und inkorrekte gewesen, aber es sei nicht erwiesen, daß diese Durchführung zur Veranlassung der Gläubiger dienen sollte. Michaels habe zubielt beweisen wollen und sei dabei in verschiedenen Punkten gefehlt. Alles, was Sch. verbraucht, veräußert, verschwendet habe, könne nicht als Bankrotzahlungen im Sinne des § 230 der Konkursordnung angesehen werden. Was die Gründung der Treugefellschaft betrifft, so dürfe doch nicht vergessen werden, daß Schiffmann beabsichtigt hatte, Konkurs anzumelden und dann, dem Räte dreier Juristen folgend, sich zur Gründung der Treugefellschaft verstanden habe.

Was nachher aus der Treugefellschaft geworden sei und wie dort gewirtschaftet wurde, sei ein Thema, das noch im einzelnen besprochen werden müsse; jedenfalls könne in den Handlungen, die nach der Gründung der Treugefellschaft begangen seien, Bankrotzahlungen nicht erblickt werden. Nach weiteren juristischen Ausführungen des Verteidigers schloß dieser den ersten Teil seiner Betrachtungen zur Schuldfrage, die heute fortgesetzt werden sollen.

Was ist ein Reisetag? Die Antwort: Jeder Tag, den man auf der Reise zubringt, erscheint so selbstverständlich, daß man einen Streit darüber für ausgeschlossen halten sollte. Doch die Kammer 5 des Berliner Gewerbegerichts hatte einen Prozeß zu entscheiden, dessen Ausgang lediglich von der Beantwortung der Frage abhing, was unter einem Reisetag zu verstehen ist. Beklagt war die Kriegsmetall-Aktiengesellschaft. Sie hatte für ihr Hälftenwert in Serbien einen Schloffer eingestellt und ihm in dem schriftlichen Arbeitsvertrage die Bezahlung der Reisetage mit je 8 M. ausdrücklich zugesichert. Die Gesellschaft zahlte dem Schloffer zwar die Tage der Hinreise nach Serbien, sie verzögerte aber die Bezahlung der auf die Rückreise verwandten Zeit, die nach der Lösung des Arbeitsverhältnisses erfolgt ist. Das Gewerbegericht verurteilte die Beklagte, die Rückreisetage zu bezahlen, weil man unter Reisetagen auch die der Rückreise zu verstehen habe. Wenn die Beklagte die Rückreisetage nicht vergütet wollte, dann hätte sie das in dem Vertrage zum Ausdruck bringen müssen.

Jugendveranstaltungen.

Märtische Spielvereingung. Am Sonntag, den 4. März, finden folgende Spiele statt (Beginn 3.30): Gr. A. Neukölln I — Wilmersdorf, Platz: Neukölln, Grach-Allee. Schiedsrichter: Oberpre. — Wilmersdorf — Wilmersdorf I. Platz: Friedrichsfelde, Waldseeufer, 49. Schiedsrichter: Wilmersdorf. Gr. B. Weihenlee I — Teltow, Platz: Teltow, Berliner Str. 152. Schiedsrichter: Wilmersdorf. Plätze 10 — Teltow. Platz: Reinickendorf-Platz, Mühlstraße. Schiedsrichter: Platz 12. Gr. C. Plätze 7 — Neukölln II. Platz: Treptow, Richte-Lunpl. Schiedsrichter: Plätze 13. — Wilmersdorf II — Neuenhagen. Platz: Wilmersdorf, Südbogenstr. 14. Schiedsrichter: Weihenlee.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Expeditionsstelle findet für Abonnenten Lindenstr. 5, 1. Hof links, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Aufschuß und eine Zahl als Wechselbezug zu geben. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsnummer beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Ullige Fragen tragen man in die Expeditionsbox. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringt man in die Expeditionsbox mit.

Nr. 6. 11. 1. Die Kasse ist zur Zahlung der vollen Reichsmoenshilfe verpflichtet. 2. Zwei Wochen können von der Einbindung liegen. 3. Der Dienstvertrag kann nur für unglücklich erklärt werden, wenn er gegen den Willen der Eltern geschlossen wurde. — **Nr. 2. 58.** Die Kasse ist im Recht, sie können nicht gegen sie unternehmen. — **6. 23. 1917.** Sie erhalten die Unterstützung für das Kind. An Rückübertragung werden nur 15 M. gezahlt, das weitere müssen Sie später selbst nachzahlen. — **6. 78. 1.** Reut. 2. J. 3. Reut. — **Nr. 6. 45.** Viele Abonnenten sollen nur im Ironiefall keine Verwendung mehr finden.

Vertrauensleute für das mittlere Norddeutsches bis Donnerstag mittag. Umwas älter, zeitweise besser, jedoch überwiegend bewillt mit geringer, nur im Nordosten etwas härteren Niederbarnim.

Ein englischer Prophet des U-Boot-Krieges.

Im Juliheft des Londoner "Strand Magazine" von 1914 erschien unter dem Titel "Die Gefahr" eine phantastisch-prophetische Geschichte...

Die deutsche Sperrgebietserklärung in Verbindung mit dem ungeschickten U-Boot-Krieg gibt der literarischen Prophezeiung...

Mit der uns heute recht phantastisch gering anmutenden Zahl von acht U-Booten, wovon vier nicht einmal dem neuesten Typ angehören...

Gleich am ersten Tag war es Kapitän Sirius gelungen, einen Schiffsparc von rund 50 000 Tonnen auf den Meeresboden zu versenken...

Die Engländer Conan Doyle über die Rücksicht auf die Neutralen denkt, beweist eine Stelle, in der er die Versenkung eines amerikanischen Lebensmitteldampfers schildert...

Das prophetische Gemüt des Engländers erblickt überdies recht auffällig auch aus einer Wendung, in der der nordische U-Boot-Kommandant zu dem nachdenklichen Schluß kommt...

welcher Lage wäre England einem Feinde gegenüber gewesen, der über 30 oder 40 U-Boote verfügt hätte!

Wie eine in diesen Tagen gefährliche Anklage gegen die politischen Machthaber an der Themse liegt sich eine Selbstkritik des Douglasen Helden...

Mit ehrlicher Hebertrafung löst man schließlich in der prophetischen Erzählung des Engländers auf einen Hinweis in die Zukunft...

Die Erzählung Doyles war vor ihrer Veröffentlichung einer Reihe von Sachverständigen vorgelegt worden...

Admiral Charles Beresford, der vor einigen Wochen schon auf die wachsende U-Boot-Gefahr hingewiesen hatte, meinte, daß England sich nicht eher sicher fühlen dürfte...

(x)

Deutsche Seemannssprache.

Aus Flantern wird geschrieben: Auli? Ist das nicht die Bezeichnung für irgendeinen ostasiatischen Arbeitmann...

währendes Meinmachen und Schauern verlangt. Die Schiffe ordnet er ein als "ober Gott", "Schleifentücher" oder "seiner Natur".

Die seemannischen Redensarten finden naturgemäß eine vielseitige Verwendung: das Essen wird "verkauft"; wenn der Matrose sich ankleidet...

Das amerikanische Landkriegsschiff.

Das Land der Friedensapostel, das bemüht ist, unsere Feinde zwecks schneller Beendigung des Krieges mit der größtmöglichen Menge an Munition zu versorgen...

Notizen.

Musikchronik. Am Mittwoch, den 28. Februar, 8 Uhr findet in der Jerusalemkirche ein Konzert des Jerusalem-Kirchenchores statt.

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeieroman von Gabriela Zapolska.

"Über eine Bedingung!" Sie feuerte. Auf die "Bedingung" war sie vorbereitet und willigte im Voraus auf alles ein.

Juzia hatte die Empfindung, als hätte ihr jemand eine Kanne kalten Wassers über den Kopf gegossen.

Juzia ließ den Kopf sinken. Sie wollte jetzt, daß Tagejew ihr die Stelle eines bezahlten Spießkops anbot.

"Gestern ist der junge Horst, ein Gymnasiast, gekommen, nicht wahr?" "Jawohl!"

"Sie müssen mir genau acht geben, mit wem der junge Mann in der Stadt verkehrt, was er liest und was er schreibt..."

"Wirklich!" rief Juzia erregt. "Sie werden weiter bei Horst's bleiben!"

Juzia schwieg. Lange Angst begann in ihr zu erwachen. "Was hat Ihnen Markowski für diese Dienste gezahlt?"

"Gott behüte, ich habe es aus Freundschaft getan!" "Nun, ich will Ihnen jedesmal zahlen. Aber Sie müssen genau aufpassen..."

Aber Tagejew erklärte sich ihr Schweigen anders. "Es handelt sich hier nicht nur um das, was über mich und die Polizei gesprochen und gegen uns im Schilde geführt wird..."

Juzia sah noch immer, den Kopf über die Brust gesenkt, da und blühte düster vor sich hin.

"Herr Polizeimeister, Sie wollen also, daß ich unter die Spießel gehe?" "Tagejew räusperte sich. "Welch ein Wort!... Der rechtmäßigen Regierung ge-

fällig sein, heißt nicht Spießdienste leisten. Wie kommen Sie auf solch ein häßliches Wort?"

"Die Cholera soll mich auf der Stelle töten!" rief sie plötzlich. "das kann ich nicht!"

"Du verheißt nicht zu gehorchen? Willst dich der Behörde widersetzen?" flüsterte Tagejew, indem er auf sie zutrat.

"Du dummes Frauengemisch! Ich spreche mit dir wie mit einem Menschen und du willst nicht, du Luder?"

"Weißt du, was für ein Viehlein das ist?" fragte er, indem er Juzia einseigte.

"Das Gespenst der gestempelten Prostitution, jenes furchtbare Gespenst, vor dem sich die elendeste Dirne verkrächt, entsetzt jenen furchtbaren Buch, das Tagejew Juzia entgegenhielt."

"Herr Polizeimeister!" stammelte sie mit bleichen Lippen. "erbarmen Sie sich! Ich bin doch keine Verlorene..."

(Fortf. folgt.)

